

*Adelheid von Saldern*

## Von der »guten Stube« zur »guten Wohnung«

*Zur Geschichte des Wohnens in der Bundesrepublik Deutschland*

Die »gute«, nur bei besonderen Anlässen genutzte Stube galt im Kaiserreich in der gehobenen Arbeiterschaft weniger als ein Zeichen zunehmender Verbürgerlichung, sondern mehr als eine Demonstration der eigenen Kulturfähigkeit, der Präsentation des Erreichten sowie als ein Mittel der sozialkulturellen Distinktion von anderen (unteren) Arbeiterschichten.<sup>1</sup>

Für bürgerliche Sozialreformer(innen) war solch eine »gute Stube« zum einen eine kulturelle Nachäfferei des großbürgerlichen (und adeligen) Salons, zum anderen – in Anbetracht der kleinen und überfüllten Wohnungen – ein Zeichen bodenloser Unvernunft. Im Zuge aufkommender Rationalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche, vor allem in den 1920er Jahren, verschärfte sich das Verdikt gegen die »gute Stube«. Die kleinen Wohnungen sollten funktional sein, der Raum bis zum letzten nach wohldurchdachten Plänen genutzt werden. Der soziale Wohnungsbau, der schon in den 1920er Jahren zum Durchbruch kam, ließ jeglichen nicht voll ausgenutzten Raum überdies als unverantwortliche Ressourcenverschwendung erscheinen.

Gleichwohl hielten viele Arbeiter(innen) an ihrer »guten Stube« fest und lebten statt dessen lieber tagsüber in der sogenannten Wohnküche, die ebenfalls unter den fortschrittlichen Wohnungsreformern und Architekten, besonders in den 1920er Jahren, einem scharfen Verdikt verfiel. Funktionstrennung und nicht Funktionshäufung war gefragt, hygienische und gesundheitliche Argumente kamen hinzu.<sup>2</sup> Zwar gab es immer auch differenzierende Stellungnahmen, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, in welchen Fällen eine Wohnküche und in welchen eine Arbeitsküche angebracht sei, aber der Haupttrend der Architekten und Reformen richtete sich eindeutig gegen die Wohnküche, womit gleichzeitig auch die »gute Stube« gemeint war. Diese Reformbemühungen erlebten einen neuen Auftrieb im Wohnungsbau seit den 1950er Jahren. Doch nach wie vor unterliefen viele Arbeiterfamilien die Planungs- und Reformvorstellungen, indem sie beispielsweise in die neue kleine Küche, wenn irgend möglich, eine Sitzgelegenheit hineinzwängten. Nur ganz allmählich veränderten sich im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik die Wohngeohnheiten insofern, als zumindest – mehr oder weniger – die »gute Stube« (wenn schon nicht die multifunktionale Küche) verschwand. Vermutlich hat der Einzug des Fernsehers in die Wohnzimmer zu dieser Veränderung wesentlich mit beigetragen.

Doch eine bisher noch nicht beachtete Sinndimension, die der Einrichtung der »guten Stube« einst zugrunde gelegen hat, ist keineswegs verlorengegangen, im Gegenteil, sie ist ausgeweitet worden: Gemeint ist die »gute Stube« als Symbol für »gutes Wohnen«. Dieser Wunsch ist nicht nur über die Jahrzehnte erhalten geblieben und drückt sich heute deut-

1 Dazu siehe z. B. Heidi Rosenbaum, »... die gute Stube, das war so'n Heiligtum.« Die Bedeutung der »guten Stube« in der Arbeiterschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Sid Auffarth / Adelheid von Saldern (Hrsg.), Altes und neues Wohnen. Linden und Hannover im frühen 20. Jahrhundert, Seelze-Velber 1992, S. 52. Sid Auffarth danke ich für Anregungen und Kritik.

2 Das Plädoyer für die reine Arbeitsküche – oftmals winzig klein und von der Arbeitshöhe allein auf die für den Haushalt »natürlicherweise zuständige« Hausfrau ausgerichtet – setzte sich auch im Dritten Reich, freilich in andere Kontexte eingebettet, teilweise fort.

licher denn je aus, sondern die Wunschdimensionen haben sich mittlerweile beträchtlich vergrößert: Wünsche und Bedürfnisse richten sich heute nicht mehr allein auf einen Raum, wie noch zu Kaisers Zeiten, nämlich auf die »gute Stube«, sondern auf eine ganze Wohnung. Die »gute Wohnung«, möglichst noch in »guter Umgebung«, ist zu einem hochgeschätzten Kulturwert geworden, der das Alltagsleben tief durchdrungen und geformt hat. Dieses Bedürfnis nach »gutem Wohnen« ist sogar zunehmend schon unter jungen Menschen festzustellen.<sup>3</sup>

Im folgenden geht es darum, einige Linien der Entwicklung des Wohnungswesens und der Wohnkultur für die Geschichte der alten Bundesrepublik aufzuzeigen. »Wohnen« ist freilich ein Thema, das nicht in einem direkten Zugriff analysiert werden kann. Zwar können objektive Gegebenheiten, wie Wohnungslage, Infrastruktur, Bebauungs- und Wohnungsdichte sowie Wohnungsgröße u.a.m., untersucht werden, aber der eigentliche Vorgang des Wohnens, die Aneignung des Raumes, läßt sich nicht direkt erforschen. Dieser setzt sich aus recht verschiedenen Tätigkeiten und Verhaltensweisen zusammen, dem Schlafen, Kochen, Fernsehen, Zeitungslesen, Aufräumen, Spielen und vielem anderen mehr. Es kann im folgenden schon allein deswegen nur um Annäherungen und Einzelaspekte, um grobe Trends bei einigen wenigen Konkretisierungen gehen.

Die Literatur zu diesem Thema ist äußerst umfangreich; zahlreiche Forschungsarbeiten sind seit den 1960er Jahren nicht zuletzt im Rahmen der modernen Stadtsoziologie entstanden.<sup>4</sup> Bei der Sichtung der Literatur fällt auf, daß kulturwissenschaftliche und ethnographische Studien über das bundesrepublikanische Wohnen, die sich auch den diffizilen Aneignungsprozessen der Objekte und Räume durch die Bewohner und Bewohnerinnen widmen, relativ rar sind.<sup>5</sup> Außerdem mangelt es an historisch orientierten Längsschnittstudien.<sup>6</sup>

Die folgenden Ausführungen thematisieren in den ersten beiden Abschnitten Aspekte der Wohnungsversorgung und Wohnungsqualität. Im anschließenden Teil werden die häu-

3 Dies ist – nach eigenen Beobachtungen – aus vielen Berichten der Studierenden zu entnehmen.

4 Zum Durchbruch der modernen Stadtsoziologie siehe vor allem die Arbeiten von *Hans Paul Bahrdt*, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*, Reinbek 1961 und *ders.*, *Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine Zukunft*, Hamburg 1968; ansonsten können nur einige wegweisende Arbeiten genannt werden: *Ulfert Herlyn* (Hrsg.), *Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung*, München 1974 (1962); *Jürgen Friedrich* (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung*, Opladen 1988; *Hartmut Häußermann / Walter Siebel*, *Neue Urbanität*, Frankfurt a.M. 1987; *Laszlo A. Vaskovics* (Hrsg.), *Raumbezogenheit sozialer Probleme*, Opladen 1982; einen Überblick über die Forschungsleistungen bietet *Ulfert Herlyn*, *Der Beitrag der Stadtsoziologie. Ein Rückblick auf die Forschungsentwicklung*, in: *Joachim Jens Hesse* (Hrsg.), *Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2, Baden-Baden 1989, S. 359–385. Auf die zum Teil namhaften Forschungsbeiträge der diversen Nachbarschaftsdisziplinen kann hier nicht näher eingegangen werden.

5 Dazu siehe z. B. für England *Daniel Miller*, *Appropriating the State on the Council Estate*, in: *Man* (N.S.), Bd. 23, 1988, H. 2; für die Bundesrepublik: *Gert Selle / Jutta Boehe*, *Leben mit schönen Dingen. Anpassung und Eigensinn im Alltag des Wohnens*, Reinbek 1986; *Janne Günter*, *Leben in Eisenheim. Arbeit, Kommunikation und Sozialisation in einer Arbeitersiedlung*, Weinheim etc. 1980.

6 *Hartmut Häußermann / Walter Siebel*, *Soziologie des Wohnens*, in: *Hartmut Häußermann u. a.*, *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, Pfaffenweiler 1992; *Josef Mooser*, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt a.M. 1984; *Joachim Petsch*, *Eigenheim und gute Stube. Zur Geschichte des bürgerlichen Wohnens*, Köln 1989; *Adelheid von Saldern*, *Häuserleben. Zur Geschichte des städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995.

figsten Typen von Wohnungen der »breiten Bevölkerungsschichten« untersucht.<sup>7</sup> Es folgen Abschnitte, in denen das Wohnen als soziales Handlungsfeld in Erscheinung tritt. In diesem Zusammenhang interessieren die Verfügungsrechte der Bewohner und Bewohnerinnen über »ihren« Raum, die Entwicklung von Privatheit und Öffentlichkeit, die Klein- und Kernfamilie und deren partielle Verabschiedung als Wohnnorm, ferner die Bereiche »Arbeit und Wohnen« sowie die Wohnungseinrichtung.

## 1. WOHNUNGSVERSORGUNG: EIN LOCH OHNE BODEN?

Trotz der vielen Wohnungsneubauten nach 1945 findet man in Berichten und Statistiken immer wieder Schlagzeilen über fehlende Wohnungen. In der Tat, die Geschichte der Bundesrepublik zeichnet sich durch eine doppelgesichtige Leistungsbilanz aus: eine positive im Hinblick auf den Neuzugang an Wohnungen einerseits, ein immer wieder entstehender oder noch verbliebener Nachfrageüberhang an Wohnungen, das heißt ein defizitäres Wohnungsangebot, andererseits.

Der Schaden durch Bombardierungen während des Zweiten Weltkrieges war groß. Im ganzen Bundesgebiet (ohne Berlin) zählte man 1,9 Millionen total zerstörte Wohnungen; das waren 17 Prozent aller Wohnungen.<sup>8</sup> Einzelne Städte erreichten allerdings viel höhere Werte. In vielen Städten lag der Prozentsatz über 50.<sup>9</sup>

Die junge Bundesrepublik legte auf den Wohnungsneubau, vor allem im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, das allergrößte Gewicht. Allein zwischen 1950 und 1956 erhöhte sich der Bestand an sogenannten Normalwohnungen im Bundesgebiet um 34,9 Prozent.<sup>10</sup> Das Ende der Nachkriegswohnungsnot, das viele an die späten 1950er Jahre denken läßt, galt als eines der sichtbarsten Zeichen nicht nur eines öffentlich geförderten Wohnungsbaus, sondern auch als Symbol der Leistungsfähigkeit der »sozialen Marktwirtschaft« und der wiedererstarkten Bundesrepublik. Im Jahre 1975 zählte man schließlich (ohne Westberlin) 23,6 Millionen Wohnungen, während die Vergleichszahlen für 1950 und 1956 10,1 und 13,7 Millionen lauten.<sup>11</sup> Der Wohnungsbestand hat sich also innerhalb von 25 Jahren (1950–1975) mehr als verdoppelt. Allerdings erhöhte sich auch die Bevölkerungszahl des Bundesgebiets (ohne Westberlin) von 50 Millionen im Jahre 1950 um etwa ein Viertel auf fast 62 Millionen im Jahre 1975.<sup>12</sup>

Doch auch bei einer auf die Anzahl der Bevölkerung bezogenen langfristigen Vergleichsanalyse zeigt sich, daß, statistisch gesehen, die große Wende zum Besseren eindeutig zur Geschichte der Bundesrepublik gehört: Fielen im Jahre 1871 nur 21,3 Wohnungen auf 100 Einwohner, so waren es nach dem Bauboom der Hauszinssteuerära im Jahre 1930 24,3, im Jahre 1939 26,4 und im Jahre 1950 (Bundesgebiet ohne Saarland) 21,4. Erst 1960/61

7 Es fehlen Untersuchungen über die bundesrepublikanische Wohnentwicklung der oberen Schichten sowie der mittleren und oberen Mittelschichten. Die neuen Studien über Lebensstile und Sozialmilieus (Literatur siehe unten) stellen allerdings für die jüngste Phase der Bundesrepublik einen diskussionswürdigen Ansatz dar.

8 Statistik in: *Günther Schulz*, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungspolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994, Anhang, S. 349.

9 Statistik, in: ebd., S. 350.

10 Ebd., S. 352.

11 Nach Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts, in: *Kerstin Dörhöfer*, Erscheinungen und Determinanten staatlich gelenkter Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Planung und Durchführung des Wohnungsbaus für die »breiten Schichten des Volkes« (Sozialer Wohnungsbau), Berlin 1978, S. 246.

12 *Dörhöfer*, S. 246.

wurde die 30er Grenze überschritten, bis schließlich im Jahre 1970 die Zahl 33,8 erzielt wurde.<sup>13</sup> Frühestens im Jahre 1974 wurde erstmalig in der Geschichte der Wohnungsproduktion – wenigstens rein rechnerisch gesehen – ein Ausgleich zwischen der Zahl der Haushalte und der Zahl der Wohnungen erreicht, ja sogar ein Überschuß von 300 000 Wohnungen gezählt.<sup>14</sup> Die letzte Zählung vom Jahre 1987 dokumentiert – global gesehen – eine gute Wohnungsversorgung: 26,1 Millionen Haushalten (ohne doppelt gezählte Haushalte in Zweit- und Ferienwohnungen) stand eine Zahl von 26,3 Millionen Wohnungen gegenüber.<sup>15</sup>

Trotz der hohen Wohnungsproduktion in der jungen Bundesrepublik fehlten im Jahre 1968 noch immer 2,4 Millionen Wohneinheiten.<sup>16</sup> Und auch in den folgenden zwei Jahrzehnten kam es de facto – trotz der rechnerisch positiven Ergebnisse – zu beträchtlichen Engpässen in der Wohnungsversorgung. Das hat folgende Gründe:

(a) Im Laufe der Entwicklung fiel mehr Wohnraum auf eine Person oder Familie als in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Die Belegungsdichte der Wohnungen nahm also ab, sei es durch Geburtenrückgang, sei es, daß Jugendliche früh aus dem Elternhaus auszogen und sich eine eigene Wohnung suchten oder daß ein Großelternanteil vorzog, in einer eigenen Wohnung zu leben. Dadurch verstärkte sich das Ausmaß der nachgefragten Wohnungen beträchtlich.

(b) Der Wohnungsmarkt gliedert sich de facto in diverse Teilmärkte, die in der Regel nicht oder nur sehr beschränkt durchlässig sind.<sup>17</sup> So kann auf dem Teilmarkt der teuren und guten Wohnungen ein Überschuß an Angeboten bestehen, während auf dem Teilmarkt der schlechteren, aber für untere Einkommensschichten noch gerade bezahlbaren Wohnungen Engpässe vorhanden sind. In der Tat hat sich die Wohnungsversorgung auf den einzelnen Teilmärkten für die jeweils davon betroffenen Schichten der Bevölkerung sehr unterschiedlich vollzogen. Allgemein kann man sagen: Je geringer Status und Einkommen, desto schlechter die Wohnungsversorgung. Dies gilt besonders für ausländische Familien. Filtering-down-Effekte stellen sich, wenn überhaupt, dann nur über einen längeren historischen Zeitraum ein.

(c) Während schlechter gestellte Bevölkerungsschichten in der Regel keine Möglichkeit hatten und haben, in obere Wohnteilmärkte vorzudringen, verhält es sich bei besser verdienenden Schichten anders: Sie konnten eine Sozialwohnung beziehen, da bereits im ersten Wohnungsbaugesetz von 1950 festgelegt wurde, daß der soziale Wohnungsbau für die »breiten Schichten des Volkes« bestimmt sein sollte. Die Kriterien für die Wohnberechtigung wurden äußerst großzügig gehandhabt. Die Einkommensgrenze, bei der nur das Einkommen des Haushaltsvorstandes berücksichtigt wurde, war relativ hoch angesetzt.<sup>18</sup> Später wurden die Einkommensgrenzen mehrfach erhöht und Freibeträge für Familienangehörige zugestanden. Mehr als die Hälfte, ja bis zu 80 Prozent der Haushalte, konnten schätzungsweise auf diese Art eine Sozialwohnung beanspruchen<sup>19</sup>, wodurch sich für die

13 Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, hrsg. vom *Statistischen Bundesamt*, Wiesbaden etc. 1972, S. 98.

14 Nach: *Ingrid Herlyn / Ulfert Herlyn*, Wohnverhältnisse in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. etc. 1976, S. 44.

15 *Rudi Ulbrich*, Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8-9/93 vom 19. 2. 1993, S. 16. Die Anzahl der Wohnungen enthält nicht Unterkünfte ohne Küche oder Kochnische und nicht die Behelfsheime.

16 Errechnet aus: *Dörhöfer*, S. 248. Dabei wird von einer Wohnung pro Haushalt ausgegangen.

17 Ob es einen sogenannten Sickerprozeß gibt oder nicht, ist in der Literatur kontrovers, allerdings beziehen sich die Diskussionen auf relativ kurze Zeitspannen.

18 Bis zur Jahresverdienstgrenze der Angestelltenversicherung.

19 Nach: *Herlyn / Herlyn*, S. 136.

sozial schwachen Schichten der Konkurrenzdruck bei der Wohnungssuche enorm erhöhte. Denn wohnberechtigte Mieter hatten in der Regel dann die besten Aussichten, vom Wohnungseigentümer berücksichtigt zu werden, wenn sie als »solvent« galten.

(d) Hinzu kamen die sogenannten »Fehlbelegungsquoten« im sozialen Wohnungsbau: In Sozialwohnungen lebten und leben Menschen, die im Laufe der Jahre so viel verdienten, daß sie – trotz der relativ hohen Einkommensgrenzen – eigentlich nicht mehr berechtigt waren, Sozialwohnungen zu mieten. In den 1970er Jahren ermittelten zwei Erhebungen, daß die Quote der Fehlbelegung bei 16 bzw. bei 25 bis 30 Prozent lag.<sup>20</sup> Auf Grund der Fehlbelegungen hat sich der Wohnungsbestand für die schwächeren Bevölkerungsgruppen ebenfalls beträchtlich verringert.

(e) Ein weiteres Problem entsteht durch die Verteuerung des Bauens – ein Problem, von dem auch der soziale Wohnungsbau betroffen ist. Das seit 1956 eingeführte System der Kostenmieten führte zu einer nicht gerade sparsamen Verwendung der Mittel. Die Mieten waren um so höher, je später das Gebäude erstellt wurde.<sup>21</sup> Dementsprechend stieg der Anteil der Haushalte, deren Mietbelastung 20 Prozent des Einkommens überstieg, seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre kontinuierlich an, und zwar von 6 Prozent im Jahre 1956 auf 20,6 Prozent im Jahre 1972 und auf etwa 30 Prozent im Jahre 1978.<sup>22</sup> Die Mietbelastungen lagen im allgemeinen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen prozentual höher als bei den oberen Einkommensgruppen. Die seit 1965 gesetzliche Regelung der Wohngeldzahlung durch die öffentliche Hand basierte auf dem Prinzip der »zumutbaren Eigenbelastung« des Mieters oder der Mieterin. Doch von der Differenz zwischen der Eigenbelastungsgrenze und der tatsächlichen Miethöhe zahlte der Staat nur einen Teil.<sup>23</sup> Dies führte dazu, daß viele Menschen sich nicht ohne weiteres gute Wohnungen leisten konnten.

(f) Schließlich ist noch die Tatsache anzuführen, daß der Anteil der Sozialwohnungen an den Neubauwohnungen seit den 1960er Jahren kontinuierlich abnahm. Der soziale Wohnungsbau erreichte 1951 mit 69,5 Prozent der fertiggestellten Wohnungen den höchsten Entwicklungsstand; er fiel schon bis zum Jahre 1957 auf 52,4 Prozent.<sup>24</sup> Bis 1965 war die Quote bereits auf 20,8 Prozent reduziert und verringerte sich noch weiter bis auf 7,4 Prozent im Jahre 1970.<sup>25</sup>

Die prozentuale Abnahme des Bestands der Sozialwohnungen bei Neubauten vergrößerte sich zudem durch die vorzeitige Entlassung vieler in den 1950er Jahren gebauter Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Man schätzt die Anzahl jährlich auf 200 000 Wohneinheiten.<sup>26</sup>

20 Nach: ebd., S. 137. Ab 1981 gibt es allerdings die sog. Fehlbelegungsabgabe.

21 *Sylvia Brander*, Wohnungspolitik als Sozialpolitik. Theoretische Konzepte und praktische Ansätze in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg, Berlin 1984, S. 251.

22 *Wolfgang Glatzer*, Wohnungsversorgung im Wohlfahrtsstaat, Frankfurt a.M. 1980, S. 105. Im bundesdeutschen Durchschnitt betrug die Mietbelastung eines Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen im Jahre 1977 13,2 Prozent. Die Mietsteigerungen lagen pro Jahr durchschnittlich bei 6,1 Prozent, während sich der Anstieg der Löhne und Gehälter auf 5,5 Prozent belief. *Ulbrich*, Wohnungsversorgung, S. 17 f.

23 Der Entlastungseffekt ist im Einzelfall durchaus beachtlich, 1987 lag dieser durchschnittlich bei 38 Prozent, *Rudi Ulbrich*, Wohnverhältnisse einkommensschwacher Schichten, in: *Diether Döring/Walter Hanesch/Ernst-Ulrich Huster* (Hrsg.), Armut im Wohlstand, Frankfurt a. M. 1990, S. 220.

24 *Schulz*, Wiederaufbau, S. 351.

25 *Michael Krummacher*, Wohnungspolitik und Sozialstaatspostulat in der Bundesrepublik, Diss. phil. Hannover 1978, S. 215. Auf die Gründe kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe einleitend außer *Krummacher* auch *Dörhöfer*.

26 *Harmut Häußermann / Walter Siebel*, Auf Sand gebaut. Trabantenstädte dürfen nicht noch einmal aus dem Boden gestampft werden, in: *Die Zeit* vom 2. 6.1989, S. 39.

Als Zwischenfazit läßt sich feststellen: Trotz des großen Anstiegs der Wohnungsproduktion ist es in der Bundesrepublik auch nach Beendigung der kriegsbedingten Wohnungsnot kontinuierlich zu Engpässen gekommen.

Um 1980 wurde schließlich der Begriff »Neue Armut« geläufig. Immerhin zählte man zwischen 10 und 25 Prozent der Bevölkerung dazu.<sup>27</sup> Zur Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten soll es sich allein auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik um sechs Millionen Menschen gehandelt haben<sup>28</sup>, die häufig mit massiven Wohnungssuchproblemen konfrontiert waren. Gerade die 1980er Jahre haben gezeigt, daß der Marktmechanismus in den unteren Teilwohnungsmärkten – wie schon vor hundert Jahren – nicht zufriedenstellend funktioniert und daß bestimmte Schichten und Personengruppen beträchtlich unter der für sie schlechten Wohnungsversorgung zu leiden hatten. Von dieser Wohnungsnot ist aber nicht mehr der Großteil der Arbeiterschaft betroffen, wie noch in Kaisers Zeiten. Aus der Arbeiterwohnungsnot des 19. Jahrhunderts wurde – und das zeichnet gerade die bundesrepublikanische Geschichte aus – eine Wohnungsnot für einen Teil der unteren Arbeiterschichten, vor allem soweit es sich dabei um Ausländer und Ausländerinnen handelte<sup>29</sup>, und für jene Menschen, die der Arbeitsmarkt nicht mehr benötigte, aber auch für alleinerziehende Elternteile, meist Mütter.

Im Jahre 1990 rechnete man mit 800 000 Wohnungs- und Obdachlosen, darunter 130 000 Wohnungslose, 300 000 Personen in Obdachlosenunterkünften, 200 000 in Übergangsunterkünften.<sup>30</sup> Für höchstens ein Viertel standen Übernachtungsplätze und Räume für eine längere Unterkunft zur Verfügung. Verglichen mit der Bevölkerungsgesamtzahl von rund 62 Millionen erscheint die Zahl allerdings als relativ klein, doch auf einzelne Gruppen bezogen, treten Relationen klarer zutage: Betroffen waren hauptsächlich alleinstehende Männer im Alter zwischen 20 und 50 Jahren. Der Frauenanteil betrug rund 10 Prozent. 95 Prozent waren vor dem Wohnungsverlust von Beruf Arbeiter. Bei etwa einem Fünftel der Wohnungslosen handelte es sich um ehemalige Strafgefangene.<sup>31</sup>

## 2. QUALITÄTSANSTIEG DER WOHNUNGEN

Fragen der Qualitätsveränderungen werden im folgenden an Hand der Teilaspekte Wohndichte bzw. Raumanzahl pro Wohnung (a), Bebauungsdichte (b) und Grundausstattung (c) behandelt.

(a) *Wohndichte*: Arbeiterwohnen bedeutete für viele Jahrzehnte vor allem beengtes Wohnen. Allerdings sind genaue Vergleiche früherer Phasen mit der Bundesrepublik nicht möglich, weil Angaben über Grundflächen für Wohnungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert äußerst selten gemacht wurden. Statt dessen hat man mit der Anzahl der Zimmer und der Personen pro Zimmer gerechnet. Typisch war die Zwei- und Dreizimmerwohnung, die Kü-

27 *Otkeer Bujard*, Das Obdachlosenquartier, in: *Lutz Niethammer*, Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal. 1979, S. 99.

28 Frankfurter Rundschau vom 24. 10. 1990.

29 Auf die Benachteiligungen der Ausländerfamilien im Wohnbereich kann hier nicht weiter eingegangen werden. Einführend: *Elçin Kürsat-Ahlers*, Über das Wohn- und Gesellschaftsmodell der Multikulturalität. Stigmatisierung, Wohnsegregation und Identitätsbildung, in: *Bernhard Blanke* (Hrsg.), Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft, Opladen 1993.

30 *Ulbrich*, Wohnungsversorgung, S. 25. Vgl. auch *Ralf Könen*, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat, Frankfurt a. M. etc. 1990.

31 *Rainer Geißler*, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992, S. 178 f. Hier auch weiterführende Literaturangaben, und zwar nicht nur zur Wohnungslosigkeit, sondern auch zur Obdachlosigkeit. Offizielle Statistiken für das Bundesgebiet gibt es immer noch nicht.

che mit eingerechnet.<sup>32</sup> Doch selbst die Dreizimmer (inkl. Küche)-Wohnungen umfaßten, wie am Beispiel von Linden und Hannover gezeigt wurde, durchschnittlich nur 45 bis 50 Quadratmeter.<sup>33</sup> Die Wohndichte vergrößerte sich zudem durch die vielen Schlafgänger und Untermieter. »Halboffene proletarische Familienstruktur« nannte man dieses dichte Zusammenwohnen mit Familienfremden, das häufig notwendig war, um die Mietsummen aufbringen zu können.<sup>34</sup> Obwohl das Zusammenleben mit familienfremden Personen in Arbeiterkreisen noch bis weit in die Bundesrepublik erhalten blieb, vollzog sich ein erster einschneidender Wandel bereits in Weimarer Zeit. Nach der Statistik von 1925 hatten nur mehr 6 Prozent der Arbeiterfamilien »familienfremde Personen« bei sich aufgenommen.<sup>35</sup> Mehr – nämlich 18 Prozent – waren allerdings bei den Familien von sogenannten Berufslosen registriert, doch diese Gruppe bildete sich quer aus allen Schichten und umfaßte auch viele Witwen und Witwer, Rentner und Rentnerinnen, Pensionäre und alleinstehende Personen aus dem Bürgertum, die alle durch Untervermietung ihr Einkommen zu sichern trachteten.<sup>36</sup>

Auf dem Hintergrund solcher Daten zeigt die Geschichte der Bundesrepublik erhebliche Einschnitte – aber bei weitem nicht von Anfang an: Die Anzahl der Räume inkl. Küche betrug im Jahre 1953 in Wohnungsneubauten (nicht Wohnungsbestand) 3,36 und im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 3,30. Erst die Vergleichszahlen für 1957 – 3,76 und 3,69 – näherten sich langsam der Vierraumwohnung an.<sup>37</sup>

Mit Hilfe des sozialen Wohnungsbaus veränderte sich die Wohnungsgröße für Teile der Arbeiterschichten beträchtlich. Hatte man in den 1920er und frühen 1950er Jahren noch relativ kleine Wohnungen von 55 bis 65 qm gebaut – 1950 sogar nur 50 qm<sup>38</sup> –, so vergrößerte sich die Durchschnittsgröße der Wohnungen seit den 1960/70er Jahren in nennenswertem Ausmaß. Schon 1972 betrug die durchschnittliche Fläche aller Wohnungen 74 qm.<sup>39</sup> Allein bei den Neubauwohnungen kam die durchschnittliche Wohnfläche bereits auf 87 qm.<sup>40</sup>

Arbeiterfamilien wohnten allerdings häufig in kleineren Wohnungen, zumindest noch in den frühen 1970er Jahren. Lebten Facharbeiterfamilien im Erhebungsjahr 1972 in durchschnittlich 84 qm großen Wohnungen, so hatten an- und ungelernte Arbeiter in der Regel 8 qm weniger zur Verfügung.<sup>41</sup> Doch insgesamt und statistisch gesehen, zeigten sich auf allen Wohnungsteilmärkten im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik erhebliche Verbesserungen: Für die meisten Haushalte stieg die Anzahl der zur Verfügung stehenden Quadratmeter Wohnfläche pro Person beträchtlich. Die durchschnittliche Personenzahl pro Wohnung nahm im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich ab. Wie am Beispiel von Lin-

32 Mooser, S. 146; Heidi Rosenbaum, Wohnen im Arbeiterquartier. Lindener Wohnverhältnisse um die Jahrhundertwende, in: Auffarth / von Saldern, S. 44 f.

33 Auch die Zweizimmerwohnungen konnten diese Größe erreichen.

34 Dazu Franz Josef Brüggemeier, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919, 2. Aufl., München 1984, S. 62 ff.

35 Die Gründe lagen u. a. in der relativ geringen Höhe der Mieten für Altbauten sowie im Bau vieler Sozialwohnungen, in denen Untermieter/innen und erst recht Schlafgänger/innen nicht erwünscht waren.

36 Zahlen nach: Mooser, S. 144.

37 Schulz, Wiederaufbau, S. 354.

38 Herlyn / Herlyn, S. 46. Die durchschnittliche Wohnungsgröße betrug 1953 im Gesamtwohnungsbau 55,46 qm, im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 51,68 qm. Die Vergleichszahlen für 1957 lauten 63,65 und 59,40. Zahlen nach: Schulz, Wiederaufbau, S. 354.

39 Herlyn / Herlyn, S. 45.

40 Ebd., S. 46.

41 Ebd., S. 47.

den gezeigt werden kann, sank sie von 4,5 im Jahre 1890 auf 3,65 im Jahre 1925.<sup>42</sup> Diese Zahlen lassen sich nur ansatzweise mit den Statistiken für das Gesamtgebiet (ohne Westberlin) der Bundesrepublik in Beziehung setzen. Doch ein grober Vergleich ist immerhin möglich: Im Jahre 1950 kamen im Bundesgebiet (ohne Westberlin) 5,0 Personen, im Jahre 1956 3,9 Personen und im Jahre 1975 2,6 Personen auf eine Wohnung.<sup>43</sup> Diese Veränderungen drückten sich auch in den Zahlen über die Wohnfläche pro Person aus: 1950 entfielen 15 qm Wohnfläche auf eine Person, 1960/61 20, 1970 waren es 24 und 1989 35 qm.<sup>44</sup> (b) Früher als die Abnahme der Wohndichte reduzierte sich die Bebauungsdichte. Schon der – allerdings nicht weit verbreitete – Reformwohnungsbau der späten Kaiserzeit erfolgte in großzügiger Blockrandbebauung und setzte sich damit vom Mietskasernenbau ab; der Wohnungsbau der Zwischenkriegszeit fühlte sich noch mehr den Prinzipien »Licht, Luft und Sonne« verpflichtet, was automatisch zu einer aufgelockerten Bauweise und teilweise zum Zeilenbau führte.<sup>45</sup> Der Luftschutzgedanke, der im Dritten Reich eine Rolle spielte, wirkte in die gleiche Richtung. Der Wohnungsbau der Bundesrepublik folgte ebenfalls von Anfang an gesundheitspolitischen Grundsätzen. Das bedeutete in der Regel gesundes Wohnen infolge ausreichender Belüftungs- und Besonnungsmöglichkeiten.

Allerdings nahm in der Bundesrepublik seit den 1960/70er Jahren die Bebauungsdichte erneut zu. Während man sich in der Zwischenkriegszeit wie auch in den frühen und mittleren 1950er Jahren in der Regel noch mit der »normalen« Anzahl von 4- oder 5stöckigen Häusern begnügte (ohne Lift), verdoppelte sich nicht nur die Anzahl der Stockwerke bei den Großsiedlungen, die vor allem in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren gebaut wurden, sondern die Häuser wurden auch zu riesengroßen Gebäudekomplexen zusammengefaßt. Das neue Leitbild der 1960er Jahre, das auf den Begriff »Urbanität« zentriert war<sup>46</sup>, wurde in der Praxis, entgegen ursprünglichen Intentionen, weniger auf die Innenstädte bezogen, sondern mehr auf den Bau von Großsiedlungen am Rande der Städte, wobei kulturelle Reformabsichten dem ökonomischen Kalkül weichen mußten.

(c) Als eine große historische Errungenschaft der Bundesrepublik kann die Verbesserung der Grundausstattung einer sogenannten Normalwohnung betrachtet werden. Dies gilt vor allem für die Beheizung und (Warm-)Wasser-Versorgung. Des weiteren sind zu nennen: abschließbare Wohnung und eigene Diele, (Dusch-)Bad und WC innerhalb der Wohnung sowie vielfach ein Balkon.

Die Verbesserungen der Wohnungsqualität sind im Prinzip schon im sozialen Wohnungsbau der zweiten Hälfte der 1920er Jahre anvisiert und partiell realisiert worden, wichen seit der großen Wirtschaftskrise und im Dritten Reich sowie in den frühen 1950er Jahren jedoch wieder einer zum Teil viel spärlicheren Ausstattung, avancierten dann aber – seit den späten 1950er Jahren und vor allem seit den 1960/70er Jahren – auf einem »zeitgemäßen« höheren Niveau zur Standardausstattung. Die Art, wie Hauseigentümer und Mieter durch die öffentliche Hand unterstützt wurden, förderte die Qualitätssteigerung der Wohnungsgrundausstattung beträchtlich. Die Folge war, daß damals eine Sozialwohnung

42 *Rosenbaum*, Wohnen im Arbeiterquartier, S. 45.

43 In: *Dörhöfer*, S. 246.

44 *Geißler*, S. 43. Allerdings ergeben die Durchschnittswerte ein schiefes Bild, weil die größte Steigerungsrate auf die Eigentümerhaushalte fällt. *Ulbrich*, Wohnungsversorgung, S. 16.

45 Mit dem sozialen Wohnungsbau der 1920er Jahre entstanden in Deutschland qualitativ gesunde Wohnungen für einen Teil der breiten Bevölkerungsschichten.

46 Vgl. zum Beispiel *Bahrdt*, Moderne Großstadt; *Alexander Mitscherlich*, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt a.M. 1965.



in Deutschland in der Regel<sup>47</sup> – im Unterschied zu den USA und zu Großbritannien – keine sozial abfällig konnotierte Adresse, sondern durchaus – vor allem für junge, aufstiegsorientierte Ehepaare und Familien – einen akzeptablen Start in der zu erwartenden »Wohnkarriere« bedeutete.

In den letzten 70 Jahren fand also eine – gerade im Hinblick auf die Wohnungsgrundausrüstung – statistisch nachweisbare Verbesserung des Wohnens der »breiten Schichten des Volkes« statt, von der auch große Teile der Arbeiterschaft profitierten. Für sie gehörten »proletarisches Wohnen«, das heißt enges Beisammenwohnen in schlecht ausgestatteten Räumen, oftmals zusammen mit familienfremden Personen, sowie häufiges Wechseln der Wohnung u.a.m. der Vergangenheit an. Auch hier markierten die Jahre nach 1965/1970 eine Wende. Eine Statistik aus dem Jahre 1972 ermittelte: Von den 1965 und später errichteten Gebäuden waren 85 Prozent mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet.<sup>48</sup> Waren im Jahre 1950 noch 80 Prozent aller Wohnungen ohne Bad, so reduzierte sich der Prozentsatz bis zum Jahre 1970 auf 28 und bis zum Jahre 1989 auf 4.<sup>49</sup> Im Jahre 1965 lebten 52 Prozent der Arbeiterfamilien in mehr oder weniger gut ausgestatteten Neubauwohnungen, die nach 1948 errichtet worden waren.<sup>50</sup> Unzulängliche Wohnverhältnisse wurden in der Statistik von 1987 für 300 000 bis 350 000 Haushalte festgestellt, in denen 800 000 bis 900 000 Personen lebten.<sup>51</sup> Hierbei handelt es sich vielfach um ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Familien. Hinzu kommen ungelernete Arbeiterschichten und Menschen, auch aus anderen Schichten, die sich aus diversen Gründen – meist aber infolge schlechter oder nur vorübergehender Beschäftigungsverhältnisse – keine bessere Wohnung leisten konnten und können.<sup>52</sup> So verfügte im Jahre 1972 noch jeder siebte Arbeiterhaushalt über kein eigenes Bad, und nur drei von zehn Arbeiterhaushalten waren mit Zentralheizung versorgt.<sup>53</sup>

### 3. QUARTIERTYPEN

Zwar hat der moderne Massenwohnungsbau in gewisser Weise vereinheitlichend gewirkt, und viele Menschen wohnen in mehr oder weniger vergleichbaren Verhältnissen, doch Unterschiede bleiben bestehen. Diese beziehen sich zum einen auf die Wohnlage und die Infrastruktur der Wohnviertel, zum anderen auf die Sozialstruktur. Nicht ein einzelnes Merkmal charakterisiert die Qualität des Wohnquartiers, sondern die Kombination mehrerer. »Die Mietskaserne mit kleinen Schlichtwohnungen und die Mietskaserne mit weitläufigen Komfortwohnungen läßt [!] sich äußerlich durchaus unterscheiden und wird [!] so-

47 Es gibt natürlich auch viele Gegenbeispiele. Zum einen konnten durch Sonderwohnungsbauprogramme in bestimmten Wohnkomplexen sogenannte Problemfälle gehäuft auftreten; zum anderen konnte – wie in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren der Fall – durch vermehrten Auszug »bürgerlicher Existenzen« aus bestimmten Großsiedlungsteilgebieten und Einweisung von »Problemfällen« durch die jeweilige Stadtverwaltung eine partielle Verslumung eintreten. Dazu siehe *Hans Jürgen Naroska*, Sozialstruktureller Wandel in Siedlungen der 60er Jahre und seine Bedeutung für eine quartierliche Versorgungspolitik, in: *Ulfert Herlyn / Adelheid von Saldern / Wulf Tessin* (Hrsg.), Neubauesiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt a.M. etc. 1987, S. 236 ff.

48 In: *Herlyn / Herlyn*, S. 54.

49 *Geißler*, S. 43.

50 *Mooser*, S. 149.

51 *Ulbrich*, Wohnungsversorgung, S. 24 f.

52 Die Mieten dieser Wohnungen mit schlechter Grundausrüstung sind oftmals zudem überteuert.

53 *Herlyn / Herlyn*, S. 55.

zialstrukturell ebenfalls weit auseinanderklaffen. Das individuell gestaltete Einzelhaus weist physiognomisch wie strukturell in eine andere Richtung wie das genormte Einzelhaus. Mehrfamilien- gegen Einzelhaus, Stadtnähe gegen Stadtferne, geringe Bevölkerungsdichte gegen hohe u. a. vermögen isoliert nichts auszusagen. Aber in der globalen Betrachtung aller Faktoren werden Grenzen sichtbar, die bei scharfer Beobachtung auch ohne die feingliedrige Statistik zu ähnlichen Ergebnissen kommen muß.«<sup>54</sup>

Noch immer zeichnen sich die Wohnquartiere durch Segregation aus. 14 bis 25 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen hätten in bundesrepublikanischen Städten der 1970er Jahre in ein anderes Quartier ziehen müssen, um eine sozialstrukturelle Gleichverteilung innerhalb der Wohnquartiere einer Stadt herzustellen.<sup>55</sup> Doch haben sich die Segregationslinien – im Vergleich zum späten 19. Jahrhundert – abgeschwächt.

Auch heute noch gibt es Arbeiterviertel, meist älterer Bauart. Sie sind freilich im Vergleich zu früher – auf Grund von Bombardierungen und Sanierungen – in ihrer Anzahl und Größe zusammengeschrumpft. Folgende Typen von Arbeitervierteln lassen sich anführen: die noch verbliebenen innenstädtischen Quartiere mit alter verfallener Bausubstanz, die sogenannten »Zonen in Transition«, die Mietskasernen aus der Kaiserzeit, besonders billig gebaute und schlecht gelegene Siedlungen aus der Zwischen- und Nachkriegszeit sowie diverse, recht unterschiedlich ausgestattete städtische oder dörfliche Randsiedlungen mit Kleinhausbestand.<sup>56</sup>

In den alten innerstädtischen Arbeiterquartieren überwogen die un- und angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Rentner, die vermutlich ebenfalls zum großen Teil aus Arbeiterfamilien stammten.<sup>57</sup> Seit den 1970er Jahren wiesen solche Viertel, genauer bestimmte Straßenzüge, einen hohen Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung auf. In manchen Zählbezirken machte der Anteil der »Gastarbeiter« und deren Familien rund 20 bis 40 Prozent aus, in einzelnen Straßen lag er weit darüber.<sup>58</sup>

Die vielen Kleinhausbauten im Umfeld der Städte trugen zur Zersiedelung der Landschaft bei und veränderten die städtischen und dörflichen Topographien beträchtlich. Erinnern wir uns: Seit den 1960er Jahren zeichnete sich eine solche Wanderungsrichtung von den Stadtzentren zu den Vororten ab, was zur Suburbanisierung führte. Das Stadt-Land-Verhältnis veränderte sich.<sup>59</sup> Der Anteil der Menschen an der Bevölkerung, die in Großstädten lebten, hat sich – im Vergleich zum Jahr 1939 – nicht mehr erhöht, vielmehr leicht abgenommen. Damals waren es 36,8 Prozent, im Jahr 1977 34,7 Prozent. Eine besonders abfallende Kurve weist das Wohnen in Dörfern unter 2 000 Einwohnern auf.<sup>60</sup> Ein größerer Prozentsatz als früher lebte hingegen in Gemeinden zwischen 2 000 und 20 000 sowie

54 Peter Braun, Die sozialräumliche Gliederung Hamburgs, Göttingen 1968, S. 159.

55 In: Ulfert Herlyn (Hrsg.), Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik: Verteilung und Nutzen sozialer Infrastruktur, Frankfurt a.M. etc. 1980, S. 28. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem Segregationsindex.

56 Das Wohneigentum in Form von Kleinhäusern war auf dem Land stärker als in der Stadt verbreitet. Brander, S. 254.

57 Noch in den 1960er Jahren gehörte die Mehrheit der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung zu den Un- und Angelernten. Im Jahre 1988 machten diese beiden Gruppen nur noch 38 Prozent der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen aus, bei Männern belief sich der Prozentsatz lediglich auf 26, bei Frauen dafür auf 81. Geißler, S. 147.

58 Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität, Stuttgart 1981, S. 205.

59 Dazu grundlegend und einführend: Detlev Ipsen, Stadt und Land. Metamorphosen einer Beziehung, in: Hartmut Häußermann u. a., Stadt und Raum. Soziologische Analysen, 2. Aufl., Pfaffenweiler 1992, S. 69–117.

60 1939: 27,5 Prozent; 1977: 7,9 Prozent.

in Städten zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern.<sup>61</sup> Dabei müssen allerdings kommunale Neugliederungen und ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Einwohnerzahlen berücksichtigt werden, insbesondere die kommunale Gebietsreform der 1970er Jahre. Insgesamt gesehen, wohnten in den 1970er Jahren in den sogenannten Stadtregionen etwas mehr als die Hälfte der Einwohner der Bundesrepublik.<sup>62</sup>

Von den meist älteren innerstädtischen Quartiertypen und den am Stadtrand gelegenen oder dörflichen Kleinhaussiedlungen unterscheiden sich die Neubauviertel, wie sie vor allem seit den 1960er und in den 1970er Jahren gebaut worden sind, gewaltig. Zu nennen sind zum Beispiel Köln-Chorweiler mit 100 000 Einwohnern, München-Neuperlach mit 74 000 Bewohnern und Nürnberg-Langwasser mit 50 000 Menschen. Diese Massenquartiere entstanden im Aufwind eines konzeptionellen Plädoyers für »mehr Urbanität«. Verdichtetes Leben sollte, wie schon erwähnt, nicht nur die Innenstädte, sondern auch die Stadtränder prägen, und zwar nicht zuletzt als Gegenmittel zum landschaftszersiedelnden Suburbanisierungsprozeß. Hinzu kamen der Glaube an die Effizienz von Planung und Standardisierung im Großformat, die wirtschaftlichen Interessen der Wohnungsbauträger u.a.m. Ungeachtet der weitreichenden Pläne auf dem Papier blieben die Infrastruktureinrichtungen, insbesondere in den ersten Jahren, meist defizitär und wenig abwechslungsreich, worunter vor allem die »Nur-Hausfrauen«, aber auch Alte und Kinder zu leiden hatten. Arbeitsmöglichkeiten waren in diesen Neubausiedlungen kaum vorhanden. Kleinkinder erfuhren ihre diversen Erfahrungsräume mehr als Inseln, zu denen sie hingefahren und auch wieder abgeholt wurden, und weniger als nach Alter gestaffelte eigenständige Terrain-»eroberung«. Die möglichen Folgen werden wie folgt beschrieben: »Die passiv erfahrene Verinselung des Lebensraums der frühen Kindheit kann sich in diesem Muster nicht in aktive umwandeln. Sie bleibt passiv mit einer Tendenz zur Reduktion auf nur einen Ort, zur Isolation zu Hause.«<sup>63</sup>

In diese Siedlungen zogen vor allem Mittelschichten und Facharbeiterfamilien.

Der Anteil der Arbeiterhaushalte bei den Neubausiedlungen schwankte beträchtlich und bewegte sich – nach einer Untersuchung aus den Jahren 1975–1977 über die Großsiedlungen der Neuen Heimat – in einem Rahmen von 26 bis 52 Prozent.<sup>64</sup> Trotz der manchmal hohen Spitzenwerte können die meisten Großsiedlungen indessen nicht mehr als Arbeiterwohnquartiere gekennzeichnet werden, soweit Vorstellungen über die entsprechenden Quartiere aus früheren Geschichtsphasen damit verbunden werden: Zu gemischt ist in der Regel die Bewohnerschaft, und zu wenig kommt die kulturelle Dominanz der Arbeiterschaft in diesen Quartieren zum Tragen.

61 Betrag der Prozentsatz 1939 23,2 bzw. 12,6, so erhöhte sich der jeweilige Anteil bis 1977 auf 32,3 bzw. 25,1 Prozent.

62 Eike Ballerstedt / Wolfgang Glatzer, Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren, 3. Aufl., Frankfurt a.M. etc. 1979, S. 236 f.

63 Helga Zeiher, Organisation des Lebensraums bei Großstadtkindern – Einheitlichkeit oder Verinselung, in: Lothar Bertels / Ulfert Herlyn (Hrsg.), Lebenslauf und Raumerfahrung, Opladen 1990, S. 46. Allg.: Laszlo A. Vaskóvics, Veränderungen der Wohn- und Wohnumweltbedingungen in ihren Auswirkungen auf die Sozialisationsleistungen der Familie, in: Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, S. 36–61.

64 In: Rainer Neef / Thomas Schardt, Leben im Arbeiterviertel, in: Martin Baethge / Wolfgang Eßbach (Hrsg.), Soziologie: Entdeckungen im Alltäglichen, Frankfurt a.M. etc. 1983, S. 262.

#### 4. VERFÜGUNGSRICHTE UND ANEIGNUNGSRICHTE: EIGENHEIM – MIETWOHNUNG – GENOSSENSCHAFTSWOHNUNG

In der Bundesrepublik konzentrierte sich ein beträchtlicher Teil des sozialen Wohnungsbaus von Anfang an auf die Förderung von Eigenheimen.<sup>65</sup> Zu dieser Grundsatzentscheidung, die im Gegensatz zu jener der Hauszinssteuerära der 1920er Jahre stand, führte ein Bündel von Motiven. Zu denken ist in diesem Zusammenhang vor allem an die damaligen Vorstellungen über Familienförderung und Persönlichkeitsentwicklung durch Eigentum, über die positiven Auswirkungen bodenständiger Menschen auf das Gemeinwesen und über die angeblichen Gefahren, die von der Großstadt und jeglichem Kollektivismus ausgingen. Daß viele Menschen sich über die Eigentumsförderung erfreut zeigten, war nicht zuletzt kaufmännischen Überlegungen zur eigenen Vorteilssicherung sowie der Einsicht geschuldet, daß die Verfügungsmöglichkeiten und Aneignungsrichte in einem Eigenheim mit Garten in der Regel größer waren als in einer Mietwohnung.

Die Vergrößerung der Eigentumsquote am Wohnungs- und Hausbestand bedeutet in der Langzeitperspektive einen beträchtlichen Entwicklungseinschnitt, hatte doch gerade in Deutschland – im Unterschied zu Frankreich, England und den Vereinigten Staaten – die städtische Mietwohnung bis dahin eine lange Tradition und ein relativ gutes Image.<sup>66</sup>

Die Eigentumsquote in der Bundesrepublik ist von 27 Prozent im Jahre 1950 auf 34 Prozent im Jahre 1972 und auf 39 Prozent im Jahre 1983 gestiegen, liegt aber immer noch relativ niedrig.<sup>67</sup> Zum Vergleich: 1973 betrug zum Beispiel in Frankreich die Eigentumsquote 46 Prozent und in den USA 64 Prozent.<sup>68</sup> Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1978 besaßen in der Bundesrepublik 67,1 Prozent der Selbständigen, 38,9 Prozent der Beamten, 34,5 Prozent der Angestellten, 34,0 Prozent der Arbeiter und 31,5 Prozent der Nichterwerbstätigen Haus- bzw. Wohnungseigentum.<sup>69</sup> Auch Arbeiterfamilien tendierten zum Eigenheim, wie die Prozentzahlen zeigen.<sup>70</sup> Weitgehend wird, wie eine neuere Untersuchung offenlegt,

65 In diesem Zusammenhang sind das erste Wohnungsbauförderungsgesetz von 1950 und erst recht das zweite von 1956 zu nennen. Zur Entscheidung für diese Politik siehe *Schulz*, Wiederaufbau, S. 288–315; vgl. auch *ders.*, Eigenheimpolitik und Eigenheimförderung im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Axel Schildt / Arnold Sywottek* (Hrsg.), Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. etc. 1988, S. 409–440; *Dirk Götschmann*, »Jedermann Hauseigentümer«. Motive, Ziele und Ergebnisse der öffentlichen Förderung des privaten Wohneigentums in Deutschland, in: *Günther Schulz* (Hrsg.), Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960, Düsseldorf 1993, S. 141–169.

66 Diese geriet erst, zumindest teilweise, durch die gesundheitsschädliche Wohnungsbaupolitik des Kaiserreichs in Form der dunklen und dichtbewohnten Mietskasernen in Verruf.

67 Zahlen aus der Schlußbetrachtung von *Brander*, S. 253. Die Bezugsgröße ist die Anzahl der Haushalte.

68 *Brander*, S. 253.

69 Zahlen aus: *Götschmann*, Öffentliche Förderung, S. 166. Genaues statistisches Material über den sozialen Status der Inhaber von Wohneigentum liegt – laut Götschmann – nicht vor. In der Literatur schwanken die Zahlen beträchtlich und gehen bis auf nahezu 50 Prozent hoch. 1988 betrug der Anteil der Haus- und Grundbesitzer bei Beamten 57, bei Arbeitern 49 und bei Angestellten 48 Prozent. *Geißler*, S. 58. Auf die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen kann hier nicht näher eingegangen werden.

70 Eine 1981 erfolgte Erhebung macht deutlich, daß die Hälfte der Wohngebäude, die Eigentum von Ehepaaren oder Einzelpersonen waren, auf dem Weg der Erbschaft in deren Besitz kam. *Brander*, S. 253. Einer anderen Untersuchung zufolge wohnten Mitte der 1980er Jahre 29 Prozent der Un- und Angelernten sowie 43 Prozent der Facharbeiter in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen. Zahlen aus: *Geißler*, S. 143.

auch heute noch unter der Arbeiterschaft Eigentum »als Mittel der Individualisierung und Selbstentfaltung« angesehen.<sup>71</sup>

In den letzten Jahrzehnten verstärkte sich allerdings auch im Mietwohnungsbereich der Ruf nach weniger Restriktionen und mehr Verfügungs- und Mitbestimmungsrechten. Rigide Hausordnungen wurden seltener, der Mieterschutz wurde ausgebaut, Mieterbeiräte und verschiedene Möglichkeiten zur Mieterselbstverwaltung wurden geschaffen. »Mehr Demokratie wagen« – dieser Slogan der sozialliberalen Koalition nach 1969 drang damals sogar bis in den Wohnbereich vor.

Ab 1971 wurden diverse Pilotprojekte in Großsiedlungen, insbesondere in Siedlungen der Neuen Heimat, begonnen. Dabei handelte es sich zum einen um Mieterbeiräte und um Mitbestimmung in Aufsichtsräten.<sup>72</sup> Bestrebungen »von unten« wie Mietervereine und Mieterinitiativen verstärkten den Eindruck, daß auf dem Wohnungssektor etwas in Bewegung gekommen sei. In rund der Hälfte aller seit den 1960er Jahren gebauten Großsiedlungen wurden verschiedene Formen von Mietermitbeteiligung eingeführt, wobei man sich allerdings über die Erfolge im Hinblick auf eine Demokratisierung des Wohnens keine übertriebenen Vorstellungen machen darf. Oftmals handelte es sich von seiten der Wohnungsgesellschaften um wohlkalkulierte Befriedungsstrategien, und auch unter der Mieterschaft hielt sich das Interesse an einer Demokratisierung des Wohnens in Grenzen. Die Anzahl der Neuerungen sagt also für sich genommen wenig aus »über den quantitativen Stellenwert der Mieterbeteiligung innerhalb der Siedlungen oder über die inhaltliche Qualität der betreffenden Mietervertretungen«.<sup>73</sup>

Zwischen Eigenheim und Mietwohnung steht das Genossenschaftswohnen. Dieses hatte seinen historischen Höhepunkt in den 1920er Jahren erreicht<sup>74</sup>, war dann in der NS-Zeit allerdings seiner emanzipativen Idee beraubt worden. Einen Einschnitt stellte das Wohnungsgenossenschaftsgesetz von 1940 dar, nach welchem sich die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen fortan nur mehr auf rein wohnungswirtschaftliche Aufgaben zu beschränken hatten.<sup>75</sup> Doch auch ohne ein solches Gesetz unterlagen die Wohnungsgenossenschaften einem kulturellen Wandel, der in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik besonders deutlich zum Ausdruck kam. Frühere genossenschaftliche Wohnformen gerieten vollends in Vergessenheit. So wenig profilreich das Bild genossenschaftlichen Woh-

71 Ulfert Herlyn / Gitta Scheller / Wulf Tessin, *Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft? Eine empirische Untersuchung in zwei Industriestädten*, Opladen 1994, S. 242.

72 Dazu und zum folgenden Ronald Kunze, *Mieterbeteiligung am sozialen Wohnungsbau in den Siedlungen der 20er und 60er Jahre*, in: Herlyn / von Saldern / Tessin, S. 210 ff.; ders., *Mieterbeteiligung im Sozialen Wohnungsbau. Entstehung und Entwicklung der Mietervertretungen in den Siedlungen der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen*, Kassel 1992, S. 228 ff.

73 Kunze, *Mieterbeteiligung*, S. 222.

74 Dazu siehe die Studien von Novy, seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, so z. B. Klaus Novy (Hrsg.), *Anders leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur*, Berlin etc. 1985. Untersucht wurden vor allem herausragende Genossenschaften, die hinsichtlich der Selbsthilfe und der kommunikativen Vernetzung jedoch nicht das Gros der Bau- und Wohngenossenschaften ausmachten. Die meisten Genossenschaftswohnungen wurden weder in Selbsthilfe erstellt, noch hatten sie Gemeinschaftseinrichtungen.

75 Im Unterschied zu den Niederlanden und zu England wurde der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik keineswegs allein den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen übertragen. Die Bedeutung der Gemeinnützigen im sozialen Wohnungsbau ging kontinuierlich zurück, und zwar von fast zwei Dritteln im Zeitraum von 1949 bis 1957 auf ca. 40 Prozent im Jahre 1981. Allerdings ist die Berechnung der Kostenmieten die gleiche bei privaten und gemeinwirtschaftlichen Bauten. Stefan Krätke, *Gemeinwirtschaftliche Reformperspektiven im Wohnungsbau*, in: Prokla 15, 1985, H. 4, S. 98. Heute stehen erneut Fragen, ob und wie man kostengünstiger bauen könne, zur Diskussion. Vgl. dazu den Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 14. 1. 1995.

nens in der Bundesrepublik war, eines hatte es allen anderen Wohnformen voraus: die Einübung in die Demokratie des Wohnens durch das Mitspracherecht der Genossen.<sup>76</sup>

Seit Ende der 1970er Jahre stieß die Idee des genossenschaftlichen Wohnens bei einem Teil der Öffentlichkeit auf ein neues Interesse, und zwar nachdem eine allgemeine Suchbewegung nach alternativen Wohnformen – sicherlich nicht bei einer Mehrheit der Bevölkerung, aber doch bei einer aktiven Minderheit – eingesetzt hatte. Aus unterschiedlichen Gründen und quer durch die sozialen Schichten hindurch ertönte der Ruf nach mehr Pluralität. Nicht der alte, vielfach in der Literatur verklarte Genossenschaftsgeist wurde erneut heraufbeschworen, sondern man entdeckte die in den Genossenschaften enthaltenen Potentiale sowohl bezogen auf den Wohnungs(bau)markt als auch auf die Alltagsbewältigung. Zum Beispiel wurde mit sozialpädagogisch orientierten Genossenschaftsmodellen, die der Integration von Obdachlosen und Strafgefangenen dienten, experimentiert, und sogenannte Auffanggenossenschaften sollten den Abriß von alten Siedlungen verhindern. Den wechselseitigen Erfahrungsaustausch unter den Interessierten vermittelte der »Wohnbund«. Das »Hamburger Manifest«, das vom 4. Internationalen Kongreß »Neue Wohnformen in Europa« im April 1989 verabschiedet wurde, rief zu Innovationen auf dem Gebiet der Wohnungsbaupolitik in einer multikulturellen Gesellschaft auf.<sup>77</sup> Es gelte, die Isolation des Einzelhaushaltes aufzuheben, die Identifikation mit der sozialen und bebauten Umwelt zu erhöhen, die Verantwortung über die eigenen Wohnbedingungen zu vergrößern, informelle Nachbarschaftsnetze, Arbeits-, Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten zu eröffnen.<sup>78</sup> Dabei handelt es sich nicht um die Wiederauffrischung althergebrachter Nachbarschaftsmodelle, sondern um Wohn- und Nachbarschaftsformen, die durchaus den zeittypischen Tendenzen der Individualisierung, dem Hang nach Unverbindlichkeit sowie dem lebensphasen- und situationsbezogenen Wechsel von Interessen und Raumbezügen der Menschen, vor allem auch der Frauen, Rechnung tragen sollten.<sup>79</sup>

Insgesamt entsteht das Bild von einer Entwicklung, bei der seit den 1970er Jahren die Gleichsetzung von Eigenheim und größtmöglichen Verfügungsrechten von verschiedenen Seiten her aufgeweicht wurde und Alternativen sichtbar wurden. Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, daß für die unteren Arbeiterschichten vielfältige strukturelle Restriktionen auf dem Wohnsektor weiter vorhanden blieben und noch immer fortbestehen – strukturelle Restriktionen, die vor allem der relativen Wohnungsnot, das heißt dem Kampf um eine (gute) Wohnung, geschuldet sind.

## 5. PRIVATHEIT – ÖFFENTLICHKEIT

Die Wohnung ist der Kern dessen, was im allgemeinen unter dem Privatbereich verstanden wird, alles andere gehört mehr oder weniger zum Bereich des (Halb-)Öffentlichen. Diese Vorstellung ist tief in unserem Verständnis über die Gesellschaft eingepreßt, leuchtet ei-

76 Vgl. dazu *Michael Arndt / Holger Rogall / Karl Schäfer*, Wohnungsbaugenossenschaften im Wandel. Vom Leben in der Gemeinschaft zum Wohnen in der Gemeinschaft, Berlin 1989, S. 72. Allerdings waren viele Bewohner und Bewohnerinnen von Genossenschaftswohnungen an der Ausübung ihrer Mitbestimmungsrechte nicht sonderlich interessiert. Ebd., S. 98.

77 *Joachim Brech* (Hrsg.), Neue Wohnformen in Europa. Berichte des vierten Internationalen Wohnbund-Kongresses in Hamburg, 2 Bde., Darmstadt 1989.

78 Vgl. die diversen Aufsätze in: ebd.

79 *Brech*; vgl. auch *Häußermann / Siebel*, Soziologie des Wohnens, S. 112. Zum historischen Prozeß der Individualisierung bei Arbeitern und Arbeiterinnen siehe *Ditmar Brock*, Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt a.M. etc. 1991.

nem auch schnell ein, gibt Orientierung und ordnet Phänomene dem jeweiligen Bereich zu. Sie hat allerdings den Nachteil, daß sie mehr eine Ordnungsidee ist, als daß sie die Wirklichkeit adäquat einfängt. Zudem kann das Begriffspaar leicht als natürliche Grundkonstante mißverstanden werden und die Tatsache unberücksichtigt lassen, daß es sich dabei – in der historischen Langzeitperspektive gesehen – eher um eine junge Erscheinung handelt. Mit der Trennung von Erwerbsarbeit und Wohnen im Zuge des Industrialisierungsprozesses nahm auch die »Privatisierung« des Wohnbereichs zu. Dieser wurde zudem der Frau als Aufgabenbereich zugewiesen, während der Mann sich für das »Öffentliche« zuständig fühlte. Wie gerade neuere Untersuchungen ergeben, verschwanden allerdings die Frauen nie gänzlich in »ihrem« Privatbereich, sondern wirkten in vielfacher Weise in die Öffentlichkeit hinein.<sup>80</sup> Die bürgerlich geprägte Ordnungsvorstellung über Privatheit und Öffentlichkeit verfestigte und verselbständigte sich gleichwohl zu einer Ideologie, von der auch die Arbeiterschichten tangiert wurden, obgleich gerade bei ihnen die Realität oftmals ganz anders aussah: Viele verheiratete Arbeiterfrauen waren berufstätig; und die Arbeiterwohnung war, wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt, voll von familienfremden Personen, die dort Unterkunft und zum Teil auch Verköstigung erhielten.<sup>81</sup> Von Privatsphäre war deshalb wenig oder gar nichts zu merken.

Auch wenn also das Begriffspaar Öffentlichkeit versus Privatsphäre mehr eine Konstruktion der Wirklichkeit als die Wirklichkeit selbst darstellte, so war es doch wirksam genug, um die Frauen auf diese Weise strukturell zu benachteiligen. Der hauptsächliche Lebenskreis der Frauen, der mit der Privatsphäre gleichgesetzt wurde, galt als das nicht öffentlich zu Verhandelnde. Fraueninteressen wurden somit häufig auch »privatisiert«. Dergleichen Definitionen und Zuschreibungen wurden erst wieder durch die neue Frauenbewegung der 1970/80er Jahre aufgebrochen und eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Verantwortlichkeitsaufteilung eingefordert, die – je mehr sie sich durchsetzt – auch das Wohnen verändern wird.

In diesem Zusammenhang ist an neue Architekturentwürfe zu denken, die die funktionale Raumaufteilung – das Kernstück der klassischen Moderne im Städtebau und in der Architektur – relativieren wollen, und zwar nicht nur in der Wohnung, sondern auch in der unmittelbaren Wohnumgebung. Die Entwürfe sehen vor, aus Schlafstätten, vor allem mittels postindustrieller Arbeitsstätten, neue Quartiertypen zu schaffen, in denen auch die Sphäre der (Halb-)Öffentlichkeit und die der Privatheit räumlich näher aneinanderrücken und für Kinder, Alte sowie Alleinerziehende, ob Frauen oder Männer, im Alltag mehr Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden sollen.<sup>82</sup>

War die Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit also stets ein ideologisches Konstrukt und allenfalls ein recht grobes Raster zur Aufteilung der Geschlechteraufgaben, so verlor dieses Konstrukt zusätzlich an Relevanz, als mit den neuen Medien – Radio und später Fernsehen<sup>83</sup> – »Öffentliches« den Privatbereich durchdrang und das Private im öffentlichen Medium in Erscheinung trat. Diese alltagsrelevante mediale Verschränkung von Öffentlichkeit und Privatheit erfolgte schubweise. In der Zwischenkriegszeit war es das Radio, das die Wohnzimmer eroberte, und seit den späten 1950er und den 1960er Jahren drang das Fernsehen in den Wohnbereich. Im Jahre 1964 zählte man ungefähr 9 Millionen

80 Vgl. hierzu *Leonore Davidoff*, »Alte Hüte«. Öffentlichkeit und Privatheit in der feministischen Geschichtsschreibung, in: *L'Homme* 4, 1994, H. 2, S. 7–36.

81 *Brüggemeier*, S. 52–75.

82 Einführend: *Kerstin Dörhöfer / Ulla Terlinden* (Hrsg.), *Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen*, Köln 1987.

83 Die Printmedien können als Vorläufer dieser Entwicklung gelten.

Fernsehhaushalte, das waren 55 Prozent aller Haushalte. Mitte der 1970er Jahre wurde die 95-Prozent-Marke erreicht.<sup>84</sup>

Gleichgültig, ob der Fernseher offen im Zimmer plaziert oder im Wohnzimmerschrank versteckt wurde, das neue Gerät veränderte die Raumaufteilung noch mehr als ehemals das Radio. Und auch die Frage, wer über die Programmauswahl entschied, aktualisierte die Positionierung der Familienmitglieder im sozialen Feld der Wohnung jeden Tag von neuem, brachte zutage, inwieweit autoritäre Traditionen trotz der Studentenbewegung noch immer lebendig geblieben sind – bis schließlich die zweite Garnitur der Fernseher, meist ein Farbfernseher, angeschafft werden konnte und der Altfernseher »Entlastung« bei der Programmauswahl brachte. Die »ganze Welt« im Privatbereich der Wohnung medial vermittelt zu bekommen – das hat nicht selten dazu geführt, daß nicht nur die Wohnräume, sondern auch die Wohnzeiten auf das neue Medium – in größerem Ausmaße als beim Zeitungslesen und beim Radio – ausgerichtet wurden, also Essenszeiten, Schlafzeiten, Hausaufgabenzeiten, Spielzeiten sowie häusliche Arbeitszeiten von diesen bestimmt wurden. 1979 sahen im Jahresdurchschnitt Erwachsene zwischen Montag und Freitag (ab 15 Uhr) täglich 111 Minuten fern, Kinder von 8–13 Jahren 72 Minuten, Kinder von 3–7 Jahren 41 Minuten.<sup>85</sup> An Samstagen stiegen die entsprechenden Zahlen auf 152, 124 und 61 Minuten, an Sonntagen auf 140, 90 und 44 Minuten.<sup>86</sup> Damit hat Wohnen eine neue Funktion erhalten. Hierdurch wurde einerseits ein etwa bestehender Hang zum Aneinandervorbeileben verstärkt, andererseits entstand eine neue Chance zur Diskussion des gemeinsam medial Erlebten.<sup>87</sup>

Gerade Arbeiter neigten und neigen dazu, ihre Freizeit in regenerativ-passiver Form zu gestalten, wozu auch das Fernsehen gehört.<sup>88</sup> Neuere Untersuchungen zeigen allerdings, daß ihre Freizeitmuster, vor allem bei jüngeren, vielgestaltiger als früher geworden sind. Die Ausschließlichkeit sei verloren gegangen, traditionelle Orientierungen seien durch die Suche nach neuen Formen des Erlebens und der Selbstverwirklichung aufgebrochen und relativiert worden.<sup>89</sup>

84 *Sybille Meyer / Eva Schulze*, »Moderne Technik« im Haushalt. Alltagstechnologien aus historischer Sicht, in: *Oikos. Von der Feuerstelle zur Mikrowelle. Haushalt und Wohnen im Wandel*, Katalogbuch zur Ausstellung, hrsg. von *Michael Andritzky* im Auftrag des Deutschen Werkbundes Baden-Württemberg, Gießen 1992, S. 121.

85 *Hansjörg Bessler*, Hörer- und Zuschauerforschung (Rundfunk in Deutschland, Bd. 5), München 1980, S. 347. Vgl. *Helmut Lukesch*, Von der »radio-hörenden« zur »verkabelten« Familie – Mögliche Einflüsse der Entwicklung von Massenmedien auf das Familienleben und die familiale Situation, in: *Nave-Herz*, S. 173–198.

86 Ebd.

87 Auf die Bedeutung des Videorecorders für das Zeitbudget im Wohnbereich kann hier nicht näher eingegangen werden. 1983 verfügten im übrigen erst 8,6 Prozent der bundesdeutschen Haushalte über ein oder mehrere Videogeräte. *Kaspar Maase*, Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Empirische Materialien und theoretische Analysen, Frankfurt a.M. 1984, S. 164.

88 *Maase*, S. 75; *Herlyn / Scheller / Tessin*, S. 173.

89 *Herlyn / Scheller / Tessin*, S. 163–194.



## 6. DIE KLEINFAMILIE UND DEREN HERAUSFORDERUNG DURCH DIE NEUEN HAUSHALTS-TYPEN

Zwei Entwicklungslinien sind festzustellen: Zum einen ist die geschlossene Klein- und Kernfamilie, wie diese sich im Zuge der modernen Industriegesellschaft gerade im städtischen Bereich herausgebildet hat, weiter auf dem Vormarsch:<sup>90</sup> Im Jahre 1988 lebten lediglich in 2 Prozent der Mehrpersonenhaushalte in der Bundesrepublik mehr als zwei Generationen.<sup>91</sup> Der Typ des Untermieters, der in den 1950er Jahren noch massenhaft aufzufinden war, ist ebenfalls zu einer Restgröße zusammengeschrumpft.<sup>92</sup> Zum anderen erfuhr die Kleinfamilie zunehmend Konkurrenz durch die sogenannten neuen Haushaltstypen. Hierunter werden vor allem folgende Gruppen verstanden:

a) Alleinerziehende Elternteile: In der Bundesrepublik zählte man im Jahre 1988 952 000 Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Ihr Anteil hat sich seit dem Jahre 1971 mehr als verdoppelt.<sup>93</sup>

b) Nichteheleiche Lebensgemeinschaften: Im Bundesgebiet wohnten um die Mitte der 1980er Jahre ungefähr drei Millionen Personen in Lebensgemeinschaften zusammen.<sup>94</sup> Ihre weitgehende Akzeptanz durch einen Großteil der Bevölkerung gehört mit zu den wichtigsten kulturellen Veränderungen auf dem Gebiet des Wohnens. Allerdings vertraten in einer repräsentativen Untersuchung über nichteheliche Lebensgemeinschaften drei Viertel der unverheiratet zusammenlebenden Befragten die Ansicht, Verheiratete würden bei der Wohnungssuche noch immer bevorzugt.<sup>95</sup> Eine neuere Untersuchung über Arbeiter und Arbeiterinnen konstatiert, daß für das Aufziehen von Kindern nach wie vor die Klein- oder Normalfamilie als Orientierung dient, während für das Zusammenleben eines Paares die Ehe – vor allem unter Jüngeren – nicht mehr die alleinige Norm darstellt.<sup>96</sup>

c) Sonstige Wohngemeinschaften: Unter Wohngemeinschaften versteht man einen gemeinsamen Haushalt von mindestens drei in der Regel nicht miteinander verwandten Erwachsenen mit oder ohne Kinder. Dieser Haushaltstyp kam in größerem Ausmaß erst in den 1960er Jahren auf. Schätzungen kommen für 1980 auf eine Zahl von ungefähr 200 000 bis 450 000 Personen.<sup>97</sup> Zunächst teilweise noch verbunden mit der Kommunebewegung, haben sich in späteren Jahren die Wohngemeinschaften entpolitisiert und verschiedene Typen herausgebildet. Mehr und mehr gelang es, auch die Vermieter zu überzeugen, daß diese Vermietungsform akzeptabel und häufig auch profitabel ist.

d) Einpersonenhaushalte: Die Zahl der Ehescheidungen – im Verhältnis zu 100 Eheschließungen – ist von 15,8 Prozent im Jahre 1950 auf 32,4 Prozent im Jahre 1988 deutlich

90 Geißler, S. 269. Geschätzt wurde, daß nur aus 17 Prozent der 1973 bis 1977 geschlossenen Ehen drei und mehr Kinder hervorgehen würden. Aus den 1922 bis 1925 geschlossenen Ehen waren es noch 35 Prozent. Ebd. Allerdings ist die Vorstellung, daß in vorindustriellen Zeiten die Großfamilie dominierte, ein Mythos. Vgl. Michael Mitterauer, Der Mythos von der vorindustriellen Großfamilie, in: ders. / Reinhard Sieder (Hrsg.), Vom Patriarchat zur Partnerschaft, München 1977, S. 38–65.

91 Geißler, S. 269.

92 Im Jahre 1950 wohnten noch 12,6 Mio. Menschen zur Untermiete, bis 1980 reduzierte sich die Zahl auf 0,6 Mio. Walter Siebel, Wohnen und Familie, in: Rosemarie Nave-Herz / Manfred Markeska (Hrsg.), Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Bd. 1, Neuwied etc. 1989, S. 277.

93 Ebd., S. 277.

94 Ebd., S. 275.

95 Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Nichteheleiche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1985, S. 42 ff., S. 84 f.

96 Herlyn / Scheller / Tessin, S. 91 f.

97 Häußermann / Siebel, Soziologie des Wohnens, S. 110.

gestiegen.<sup>98</sup> Viele leben zudem in einer Partnerschaft, aber in getrennten Wohnungen. Hatte es im Deutschen Kaiserreich um die Jahrhundertwende rund 1 Million alleinwohnende Menschen gegeben, so waren es im Jahre 1950 3,2 Millionen und im Jahre 1989 9,8 Millionen.<sup>99</sup> Ein- und Zweipersonenhaushalte stellen in Bremen mittlerweile 71 Prozent, in Berlin 79 Prozent aller Haushalte.<sup>100</sup>

Die neuen Wohnformen sind sicherlich mehr als eine vorübergehende Mode. Sie sind Bestandteil und Ausdruck eines Wertewandels und der Veränderung kultureller Vorstellungen, die sich schließlich auch in einer Liberalisierung der gesetzlichen Normen niedergeschlagen haben. Sie spiegeln die bewußt gelebte Ausdifferenzierung der Gesellschaft wider, zeigen ein Ausprobieren verschiedener Wohnformen an, wobei das Familienwohnen zwar seine absolute Normstellung verloren hat, aber keineswegs seine Berechtigung als eine noch immer häufig vorkommende, sinnvoll erscheinende Form des Zusammenlebens.<sup>101</sup>

Zusammenfassend kann man sagen: Noch immer bestimmt die »geschlossene Kleinfamilie« die Wohnungsgrundrisse; Wohnzimmer, Elternschlafzimmer und häufig nur ein kleines Kinderzimmer bilden die Norm.<sup>102</sup> Größere Flexibilität wird jedoch gefordert. Die neuen Haushaltstypen verlangen nach neuen Wohnungsgrößen und -grundrissen. Gewünscht werden große Wohnungen mit möglichst neutralen Grundrissen, womöglich noch in einem Haus, das von Freunden bewohnt wird.<sup>103</sup> So waren die alten Miets-(Bürger-)Häuser aus der Kaiserzeit mit ihren »neutraleren Wohnungsgrundrissen« wieder gefragt, zumal das Modernisierungsgesetz von 1976 deren Renovierung erleichterte.<sup>104</sup>

## 7. ARBEIT UND WOHNEN

Eine der folgenreichsten alltagskulturellen Entwicklungen, die mit der Industrialisierung und der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft vor sich ging, war die zunehmende Trennung von Erwerbsarbeit und Wohnen. Das Kontor verlagerte sich vom Wohnhaus zum Geschäftshaus, und ein Großteil der frühindustriellen Heimarbeit wurde früher oder später von der Fabrikarbeit abgelöst. Gesellen und Lehrlinge wohnten immer seltener im Hause des Meisters. Hinzu kam, daß mit dem Ausbau der Verkehrsmittel seit dem späten 19. Jahrhundert die Arbeitsstätten häufig in zunehmender Entfernung von der Wohnung lagen. Durch diese räumliche Trennung wurden Erwerbsarbeit und Wohnen zu einem Gegensatzpaar, ähnlich wie Privatheit und Öffentlichkeit. Wohnen wurde mit Nicht-Arbeit gleichgesetzt, als Ort der Erholung, das heißt der »Reproduktion der Arbeitskraft«, angesehen. Eine solche Auffassung konnte sich nur deshalb breitmachen, weil die Hausarbeit, die im allgemeinen der Frau als Aufgabe zufiel, nicht als Arbeit gewertet wurde; der Arbeitsbegriff wurde auf die bezahlte Erwerbsarbeit verengt.

98 Geißler, S. 272.

99 Häußermann / Siebel, Soziologie des Wohnens, S. 109; Geißler, S. 279. Die Gesamtzahl der Bevölkerung ist allerdings seit der Vereinigung von rund 60 auf 77 Mio. gestiegen. 1905 betrug die Bevölkerung 60,6 Mio. Einpersonenhaushalte in Prozent aller Haushalte: 1925: 7; 1939: 10; 1957: 18; 1975: 28; 1988: 35. Ebd.

100 Häußermann / Siebel, Soziologie des Wohnens, S. 109.

101 Ebd., S. 110.

102 Herlyn / Herlyn, 1976, S. 120. Vier- oder gar Fünf-Zimmerwohnungen waren in den 1970er Jahren noch relativ selten.

103 Grundlegend: Erika Spiegel, Neue Haushaltstypen, Frankfurt a.M. etc. 1986.

104 Dies verteuerte allerdings die Mieten und zog häufig einen Mieterwechsel nach sich, der sich zuungunsten der sozial Schwächeren auswirkte. Zur kulturellen Neubewertung der alten Mietskasernen siehe Bodenschatz, S. 226 ff.

Im Zuge der Rationalisierung und Elektrifizierung des Haushalts erfolgte auf moderner Basis eine Erneuerung dieser Auffassung von dem, was unter Arbeit zu verstehen ist: Hausarbeit wurde nunmehr als Nebenbei-Arbeit marginalisiert, und damit wurde eine etwaige Infragestellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von vornherein abgeblockt. Der im Zweiten Weltkrieg eingeführte Hausarbeitstag für Frauen, der noch in den 1950er Jahren als Recht eingefordert werden konnte, lief der Marginalisierung und Privatisierung der Hausarbeit allerdings entgegen. Als mit dem freien Samstag der Hausarbeitstag abgeschafft wurde, fiel die Hausarbeit erneut aus der Sphäre der Öffentlichkeit und Politik heraus und wurde wieder restlos der Sphäre des Privaten – und damit meist dem Verantwortungsbereich der Frauen – zugeordnet.

Erst die neue Frauenbewegung und die langsame Veränderung der Leitbilder für Mann- und Frausein seit den 1970/80er Jahren stellte das lange vorherrschende Kultur- und Normenmuster in Frage. Die Doppel- und (bei Vorhandensein von Kindern) Dreifachbelastung wird von Frauen nicht mehr als selbstverständlich hingenommen, ebensowenig wie eine etwaige Zurückverweisung der Frauen ins Haus.

Im Unterschied zur DDR wurde in der alten Bundesrepublik die außerhäusliche Erwerbsarbeit für Mütter mit kleinen Kindern nicht propagiert. Fehlende Kinderhorte und Kindergärten<sup>105</sup> und kurze Schulzeiten sorgten dafür, daß Frauen die Dreifachbelastung so schwer gemacht wurde, daß sie ihre Erwerbsarbeit vielfach (vorübergehend) aufgaben und Berufskarrieren damit meist dauerhaft unterbrochen wurden. Die »Schlüsselkinder« der 1950er Jahre wurden allein den angeblich egoistischen Müttern angelastet. Werbung und Schulbücher tradierten das Bild von der pflegenden und sorgenden Hausfrau und Mutter im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf die jeweils nächste bundesrepublikanische Generation.<sup>106</sup> Allerdings hat sich gleichwohl nicht nur die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 25 bis 60 Jahren erhöht – von 45 Prozent im Jahre 1969 auf 60 Prozent im Jahre 1989, darunter auch zunehmend Frauen mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern. Im Jahre 1988 waren immerhin 47 Prozent der westdeutschen Ehefrauen mit einem minderjährigen Kind berufstätig.<sup>107</sup>

Bei diesem Prozeß der geschlechtsspezifischen Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Sphären waren Frauen keineswegs nur willenlose Objekte, mit denen etwas geschah; vielmehr gab es zahlreiche Frauen, die diese Art von Gesellschaftsvorstellungen durchaus teilten und in entsprechendem Sinne auch agierten – ausreichend viele jedenfalls, um die jeweiligen Entscheidungen nicht als Entscheidungen von Männern gegen Frauen in Erscheinung treten zu lassen. Sie konnten sich dabei der Unterstützung jener Frauen gewiß sein, die Haushalt und Kindererziehung anscheinend nicht nur als eintönig-repetitive Tätigkeiten wahrnahmen, sondern zudem als Möglichkeiten, Können und Einfallsreichtum unter Beweis zu stellen. Im Erwerbsleben häufig in untergeordneten Positionen oder gar völlig ans Haus gefesselt, bot eine »gute Haushaltsführung« die Chance, soziale Reputation bei Freunden und in der Nachbarschaft zu gewinnen – ganz abgesehen davon, daß viele Ehen angeblich oder tatsächlich einer »Liebe geht durch den Magen«-Beziehung glichen.<sup>108</sup>

105 Vgl. Geißler, S. 254.

106 Auf die »neue Väterlichkeit« kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur so viel sei gesagt, daß Mütter nach wie vor doppelt so viel Zeit für die Kindererziehung aufwenden wie Väter. Geißler, S. 255.

107 Geißler, S. 243. Viele Frauen sind allerdings teilzeitbeschäftigt.

108 Dieser Aspekt ist zwar – gerade unter historischen Perspektiven – wichtig, soll aber nicht als Argument gegen eine gerechtere Arbeitsteilung im Haushalt und bei der Kindererziehung aufgefaßt werden.

Kein Wunder, daß unter diesen Bedingungen der Küche eine wichtige Funktion zukam. Die Modernisierung der Küche stand nicht nur unter dem Druck »rationaler Einsichten«, sondern sollte auch »entlastend« wirken: Die hohen Ausgaben versinnbildlichten die symbolische Würdigung der Hausarbeit seitens des »Ernährers« und »Haushaltungsvorstandes«. Der höhere Grad der Mechanisierung des Haushalts steigerte jedoch im allgemeinen gerade nicht die Mithilfebereitschaft des Mannes.<sup>109</sup> Werbungen – wie zum Beispiel »spielend leicht zu hantieren« oder »nur ein Handgriff – und der Washtag ist vorbei«<sup>110</sup> – marginalisierten den Arbeitscharakter der Hausarbeit und suggerierten zum Teil falsche Vorstellungen von Zeitverfügung, indem die Zeiterstückelung völlig übersehen wurde. Die moderne Küche entlastete den Ehemann gleichzeitig von der Verpflichtung zu helfen, weil sich die Arbeit in der modernen Küche quasi von selbst zu erledigen schien. »Gute Küchen – wenig Arbeit«, so lautete programmatisch das Motto einer Ausstellung des Landesgewerbeamts Baden-Württemberg im Jahre 1954.<sup>111</sup>

Der Einsatz der Maschinen setzte Handlungspotentiale frei, »die je nach familiärer Situation und persönlichen Interessenschwerpunkten zunächst bewußt, in der Folge aber zunehmend weniger bewußt genutzt werden.«<sup>112</sup> Andere Autorinnen argumentieren auf der Grundlage einer qualitativen Retrospektivbefragung, daß es trotz der an sich zeitsparenden Mechanisierung des Haushalts insgesamt gesehen zu keiner Reduzierung des Zeitumfangs für die materiellen Arbeiten gekommen sei. Unter den materiellen Arbeiten werden Einkaufen, Mahlzeiten zubereiten, Spülen, Aufräumen etc. verstanden. Die Autorinnen erklären das damit, daß die Zeitersparnis, die die Technisierung des Haushalts bewirkte, kompensiert werde durch den zunehmenden Zeitumfang für andere Tätigkeiten, so zum Beispiel die Aufgabe der »Koordination von individuellen Interessen und Zeitplänen der Familienmitglieder« oder den Mehraufwand durch höhere Anforderungen an Sauberkeit und Hygiene.<sup>113</sup>

In den sogenannten Arbeitsküchen, die die alten Wohnküchen ersetzten, wurde die Arbeit weitgehend vom Wohnen abgetrennt, obwohl gerade an diesem Punkt, wie schon gesagt, sich die Eigenwilligkeit der Bevölkerung den Vorstellungen der Architekten am wenigsten beugte: Wo immer es irgendwie möglich war, wurde weiterhin häufig in der Küche gegessen, wurden dort Schulaufgaben gemacht, auch wenn der Tisch noch so klein war.<sup>114</sup> Überhaupt setzte sich die moderne Einbau-Arbeitsküche nur langsam durch. Eine Umfrage aus dem Jahre 1954 aus elf Städten ergab, daß noch 70 Prozent der Haushalte über eine Art Wohnküche verfügten.<sup>115</sup>

Noch waren die Einbauküchen für die meisten Menschen auch unerschwinglich. Die »Schwedenküche« oder die »amerikanische Küche« galten nach dem Krieg als das Mo-

109 *Heidrun Mollenkopf*, Der Haushalt – ein Maschinenpark, in: *Oikos*, S. 146 f. Neuere Untersuchungen ergeben allerdings auch, daß die These, Technik im Haushalt würde die Geschlechterrollenstereotypen verfestigen, so nicht gehalten werden kann. *Jürgen Hampel u. a.*, Alltagsmaschinen. Die Folgen der Technik in Haushalt und Familie, Berlin 1991, S. 166.

110 *Silke Klewin*, Die Technisierung der Haushalte. Zur Veränderung der Hausarbeit durch die Mechanisierung in den späten 50er und frühen 60er Jahren (Magisterarbeit, Universität Hannover) 1992, S. 99 f.

111 *Michael Wildt*, Am Beginn der »Konsumgesellschaft«. Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den 50er Jahren, Diss. phil. Hamburg 1994, S. 141.

112 *Mollenkopf*, S. 146; vgl. *Hampel*, S. 106 f., S. 120, S. 165.

113 *Sybille Meyer / Eva Schulze*, Technisiertes Familienleben. Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung 1950-1990, in: *dies.* (Hrsg.), Technisiertes Familienleben. Blick zurück nach vorn, Berlin 1993, S. 28 ff.

114 Vgl. auch *Wildt*, S. 139.

115 Es handelte sich um eine Umfrage der Neuen Heimat. »So möchte ich wohnen!«. Ergebnisse einer wohnungswirtschaftlichen Befragung, hrsg. von der *Neuen Heimat*, Hamburg 1955, Bd. 2, S. 226.

dernste: Normierung und Standardisierung der oftmals 6,5–7,5 qm großen Küchen wurden großgeschrieben.<sup>116</sup> In einer ein- bzw. zweizeiligen Anordnung befanden sich Herd, Arbeitsfläche, Spüle und Abtropffläche für gespültes Geschirr an einer Wand, Hängeschränke, Vorratsschrank, Besenschrank etc. an der anderen.<sup>117</sup> Die Höhe war mit einheitlich 85 cm auf die durchschnittliche Körpergröße der Frau berechnet; Hausarbeit sollte Frauenarbeit bleiben. »Die neuen Möbel versprachen einen Schlußstrich unter die beschwerliche Vergangenheit und einen unbeschwerten Neubeginn.«<sup>118</sup>

Mit zunehmendem Wohlstand erhöhte sich auch der Anspruch an die Küchen. Seit den 1970/80er Jahren wurden zudem wieder Küchen mit wohnlichem Zubehör nachgefragt, Küchen im »Bauernlook«, zum Wohnzimmer offene Küchen oder gar Kochinseln mitten in der Wohnung. 12 000 bis 40 000 DM werden hierfür veranschlagt.<sup>119</sup> Unverkennbar ist der Trend, das Extrem einer reinen Arbeitsküche zu vermeiden, einem vielfach als überzogen gesehenen rigiden Funktionalismus eine Absage zu erteilen und nach Zwischenlösungen zwischen Arbeits- und Wohnküche zu suchen.<sup>120</sup>

Seit den späten 1950er Jahren erlebte die Bundesrepublik eine einmalige Entwicklung zur Mechanisierung und Elektrifizierung der Hausarbeit, besonders der Küche. 1950 verfügten drei Viertel der bundesdeutschen Haushalte noch über einen Kohleherd, ein Viertel kochte auf einem Gasherd, und nur 7 Prozent nannten einen Elektroherd ihr eigen. Acht Jahre später wiesen bereits 32 Prozent der privaten Haushalte einen Elektroherd auf.<sup>121</sup> Seit Ende der 1950er Jahre stieg auch der Besitz elektrischer Küchengeräte bei Haushalten mit mittlerem Einkommen deutlich an. Als besonders arbeitssparend galten Kühlschränke und Staubsauger. Noch 1969 zählten lediglich diese – neben dem Fernsehapparat – zur Standardausstattung. 1955 besaßen erst 10 Prozent aller Haushalte einen Kühlschrank, 1962/63 waren es 51,8 Prozent.<sup>122</sup> Beim Kauf spielten – wie auch bei anderen Anschaffungen – Ratenzahlungen eine wichtige Rolle. In den 1970er Jahren setzte dann eine weitere starke Technisierungswelle ein. 1973 überschritten der Waschvollautomat (neben Auto und Telefon), 1978 die Gefriergeräte und weitere fünf Jahre später die elektrische Nähmaschine die 50-Prozent-Marke.<sup>123</sup> Im Jahre 1988 hatten schließlich von den bundesrepublikanischen Haushalten 86 Prozent eine Waschmaschine, 70 Prozent einen Gefrierschrank und 29 Prozent eine Geschirrspülmaschine.<sup>124</sup>

Die wohnungsgebundene Arbeit besteht freilich nicht nur aus der »Hausarbeit« im engeren Sinne.<sup>125</sup> Hinzu kommen Gartenarbeiten und Werken.<sup>126</sup> Zwar hat das Interesse an der Kleingärtnerei »zwischenzeitlich« einmal nachgelassen, aber durch den ökologisch bewußteren Umgang mit Nahrungsstoffen ist der Trend zur Eigenerzeugung von Produkten

116 Die Frankfurter Küche der 1920er Jahre nahm allerdings schon vieles von der Entwicklung der Nachkriegsjahre vorweg. Sie kam freilich damals noch nicht massenweise zum Einsatz.

117 *Wildt*, S. 138.

118 Ebd., S. 140 f.

119 *Ingrid Wenz-Gahler*, Die Küche, in: *Michael Andritzky / Gert Selle* (Hrsg.), Lernbereich Wohnen, Bd. 1, Reinbek 1979, S. 284.

120 *Wenz-Gahler*, S. 284.

121 *Wildt*, S. 145.

122 Ebd., S. 146.

123 *Mollenkopf*, S. 144.

124 *Geißler*, S. 45. Nach dieser Statistik hatten außerdem 93 Prozent der Haushalte ein Telefon, 95 Prozent ein Fernsehgerät, 87 Prozent ein Farbfernsehgerät und 42 Prozent eine Stereoanlage.

125 Auf die Kindererziehung als Teil häuslicher Arbeit kann hier, ungeachtet der großen alltagspraktischen Bedeutung, nicht näher eingegangen werden.

126 Dazu und zum folgenden: *Johann Jessen u. a.*, Arbeit nach der Arbeit. Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit, Opladen 1988.

eher wieder ansteigend. Im Jahre 1978 verfügten 50,3 Prozent aller Haushaltungen (11,1 Millionen) über einen Garten. 55 Prozent der Arbeiterhaushalte hatten 1974 Gartenland.<sup>127</sup>

Neben der Gartenarbeit füllte vielfach die Eigenarbeit am Haus oder in der Wohnung die zunehmende freie Zeit. Mit dem Anstieg der Handwerkerlöhne wurden Reparaturarbeiten »zu teuer«. Dies war gewiß nur ein auslösendes Moment, sicherlich nicht der alleinige Grund; die angewachsene sogenannte Freizeit vieler Arbeitnehmer ist ein anderer. Handwerkliches Können – ob »gelernt« oder nicht – erhielt mit den Jahren einen eigenen Wert, und zwar unter Jung und Alt, unter Männern und Frauen. Handwerklich ausgebildete Arbeiter oder solche, die aus Arbeiter-Handwerksfamilien stammten, konnten, auch wenn sie beruflich mittlerweile längst andere Tätigkeiten ausführten, ihre Kompetenzen in dieser informellen Ökonomie erneut unter Beweis stellen. Die großen Heimwerkmärkte, die die handwerklichen Betätigungen außerhalb der Erwerbsarbeit en masse erst ermöglichten, wurden in den 1970er Jahren eröffnet. Hierdurch konnte das Verlangen nach Verfügungsrechten über Räume befriedigt, aber auch gleichzeitig erhöht werden. Für handwerkliche Betätigung, das heißt für Basteln, Hobbys, Handarbeit etc., wurden im Frankfurter Gebiet bei den untersuchten Personen werktags 2,4 und am Wochenende 2,8 Stunden aufgewendet.<sup>128</sup> In das Zentrum der außerbetrieblichen Tätigkeiten rücken diese Art Arbeiten in ländlichen Arbeiterwohngemeinden. 94,5 Prozent der in den 1970er Jahren Befragten bestätigten dies.<sup>129</sup>

Gerade das moderne Heimwerken ermöglicht neue Formen der Wohnungsaneignung und bringt diese gleichzeitig zum Ausdruck.

## 8. NACHBARSCHAFT UND WOHNQUARTIER

Die Frage, was Nachbarschaft ist bzw. sein sollte, führte zu zahlreichen Untersuchungen und Überlegungen, besonders in den 1950er Jahren. Damals kreuzten sich zwei Konzepte. Zum einen wurden die Nachbarschaftsvorstellungen der um 1930 planenden Chicagoer Schule reaktualisiert: Im Zuge des damaligen Wieder- bzw. Neuaufbaus der Städte sollten Nachbarschaftseinheiten – ungefähr das Einzugsgebiet einer Schule – geschaffen werden. Allerdings wurde in der Bundesrepublik mehr die planerische Seite und weniger die partizipatorischen Komponenten der Chicagoer Tradition übernommen. Mehr Zuspruch erfuhren Hoffnungen, daß sich aus solchen Planeinheiten – den neighbourhood-units – Nachbarschaftszusammenhänge entwickeln könnten, wie sie in vielen Variationen in Erzählungen und schriftlichen Überlieferungen aus der »guten alten Zeit« tradiert worden sind. Dabei dachte man selbstverständlich nicht an die alten, räumlich gebundenen, zum Teil von der Polizei schwer kontrollierbaren Sozialmilieus, wie diese sich vor allem in den alten Arbeitervierteln im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert herausgebildet hatten, sondern mehr an nachbarschaftliche Milieubildungen im Sinne des neuen Arbeitnehmertyps einer vorgeblich »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky). Soziologische Untersuchungen der 1950er Jahre brachten an den Tag, daß Nachbarschaften früheren Typs in der Nachkriegsgesellschaft meist nicht mehr gefragt waren. Das richtige Abstandhalten zum

127 Zahlen aus: *Maase*, S. 71.

128 Zahlen aus: *Maase*, S. 72.

129 *Albrecht Lehmann*, *Das Leben in einem Arbeiterdorf*, Stuttgart 1976, S. 30. Hingegen fallen jene Arbeiten, die früher mit der Aufnahme von Schlafgängern und Untermietern anfielen, weitgehend weg.

Nachbarn oder zur Nachbarin wurde offenbar zum Kennzeichen zeitgemäßen Verhaltens.<sup>130</sup> Möglichst gleichbleibende unverbindliche Freundlichkeit, vor allem Grußkontakte, kombiniert mit einer latenten Hilfsbereitschaft besonders in Notfällen, galten als angemessen. Die eigene Wohnungstür blieb in der Regel für die Nachbarschaft verschlossen.<sup>131</sup> Individualisierungsprozesse, soziale und räumliche Mobilität sowie die Wirkung der neuen Medien, insbesondere des Fernsehens seit den 1960er Jahren, verstärkten den Trend zur Distanzhaltenden Nachbarschaftsbeziehung. Man war auf Nachbarn ja auch weniger als in früheren (Not-)Zeiten angewiesen. Eine wichtige Ausnahme dieses Normverhaltens stellten die städtischen Vorortsiedlungen und die Arbeiterwohndörfer dar, vor allem dann, wenn Eigenheime nur auf der Basis gegenseitiger Hilfe erstellt und instandgehalten werden konnten. Aus funktionsorientiertem Helfen konnten sich dichte Beziehungsnetze entwickeln. Insgesamt kann man sagen, daß sich in der Regel zwar das nachbarschaftliche Verhältnis, das einst das Alltagsleben vor allem der Frauen so sehr bestimmt hatte, weitgehend aufgelöst hat, daß aber dies nichts über die Nachbarschaftsfähigkeit der Menschen aussagt. Diese Nachbarschaftsfähigkeit konzentriert sich offenbar vor allem auf klar erkennbare und als notwendig erachtete (begrenzte) Funktionen in ganz bestimmten Situationen, so zum Beispiel, wenn es um die wechselseitige Betreuung von Kindern geht. Daß Nachbarschaftsfähigkeit vorhanden ist, zeigen auch die neuen Wohn- und Hausgemeinschaften, wobei es hier allerdings zur genauen Auswahl der Nachbarn und Nachbarinnen kommt.<sup>132</sup>

Entscheidende Bedeutung für den Wohnalltag gewinnt die Infrastruktur des Wohnquartiers. In dieser Beziehung wurden ungleiche Ausstattungen ermittelt. Arbeiterwohnbezirke galten als benachteiligt, insbesondere in bezug auf Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Arztpraxen und Bildungsstätten. Bei innenstadtnahen Arbeiterwohnvierteln ist noch die oftmals hohe Verkehrsbelastung zu berücksichtigen. Jedenfalls entstanden »typische stadtstrukturell geprägte Lebensbedingungen, die als Kumulationen von Benachteiligungen hinsichtlich der Zuteilung bzw. Verfügbarkeit privater und öffentlicher Ressourcen interpretiert werden können.«<sup>133</sup>

So unterschiedlich das Wohnumfeld bzw. das Stadtquartier jeweils beschaffen war, so konnten sie alle Ausgangspunkt und Sozialraum für Selbsthilfe werden. In diesem Zusammenhang ist an verschiedene schon erwähnte Mietermitbestimmungsformen zu denken, aber auch an Straßenfeste, an diverse Stadtteilinitiativen sowie an Hausinstandsetzungen.

130 Dazu und zum folgenden siehe *Dietrich von Oppen*, Familien in ihrer Umwelt. Äußere Bindungen von Familien im Prozeß der industriellen Verstädterung einer Zechengemeinde, Köln etc. 1958; *Helmut Klages*, Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt, Köln etc. 1958; *Rainer Mackensen u. a.*, Daseinsformen der Großstadt. Typische Formen sozialer Existenz in Stadtmitte, Vorstadt und Gürtel der industriellen Großstadt, Tübingen 1959.

131 Das Fernsehen vergrößert zudem den Trend, auch »unter der Woche« die Kontakte nach außen zu verringern. Hatten sich die Fernsehbesitzer noch Anfang der 1950er Jahre gemüßigt gefühlt, nette Nachbarn und Freunde ohne Fernseher zu besonderen Anlässen zum gemeinsamen Fernsehen einzuladen, so ist dies unnötig geworden, seitdem die meisten Personen bzw. Familien selbst ein solches Gerät besitzen. Vgl. zum Beispiel *Axel Schildt*, Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945–1956, Hamburg 1988, S. 159. Allerdings wäre es ein Fehlschluß anzunehmen, daß die Abnahme der nachbarschaftlichen Kontakte durch die neuen Medien verursacht worden sei. Allenfalls verstärkten sie schon vorhandene und anders begründete Tendenzen.

132 *Siebel*, S. 283.

133 *Herlyn*, Großstadtstrukturen, S. 89. Die Untersuchung nahm einige Großstädte ins Visier. Allerdings gab es in Arbeiterquartieren mehr Kinderhorte und Altentagesstätten. Allg.: *Hans Ulrich Müller*, Familie und Wohnen – Wohnung und Wohnumfeld, in: *Hans Bertram* (Hrsg.), Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen, Opladen 1991, S. 311–349.

Gewiß, die genannten Aktivitäten standen in unterschiedlichen sozialkulturellen Zusammenhängen, überdies verschwanden viele bald wieder – nach Erfolgen oder auch Mißerfolgen – von der Bildfläche, gleichwohl stellen sie, in einer Langzeitperspektive gesehen, ein beachtenswertes Phänomen dar, das die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik seit den späten 1960er und in den 1970er Jahren kennzeichnet. Menschen, in der Regel über Schichten und Parteien hinweg, engagierten sich für Probleme oder Verbesserungen im Wohnbereich. Viele Stadtteilinitiativen kämpften für punktuelle Veränderungen in ihren Wohngebieten, beispielsweise um die Anlage von Kinderspielplätzen und Jugendzentren, gegen die geplante Verkehrsführung und vor allem gegen Sanierungsabsichten.<sup>134</sup> Seit den diversen Bürgerinitiativen und erst recht seit den »wilden« Hausinstandsetzungen ist der Ablauf eines Sanierungsplans nicht mehr, wie noch in den späten 1950er und 1960er Jahren, allein zwischen Hauseigentümern und Planungsbehörden auszuhandeln, sondern gilt als ein sensibler, meist auch die Öffentlichkeit beschäftigender Vorgang, der nicht mehr über die Bewohner und Bewohnerinnen der zu sanierenden Häuser hinweg initiiert und durchgeführt werden kann.<sup>135</sup> Sicherlich, es gab auch historische Vorläufer der Stadtteilinitiativen: In diesem Zusammenhang ist an die Baugenossenschaften und an Mietermitbestimmungsformen der 1920er Jahre zu denken, ferner an Mieterproteste in der großen Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre. Doch diese – mittlerweile vergessenen – historischen Vorläufer wurden zum Teil erst durch die Forschung und die Arbeit der »Geschichtswerkstätten« wieder ans Licht der Öffentlichkeit gebracht.<sup>136</sup> In der Bundesrepublik schuf die Studentenbewegung ein Klima, das auch erhalten blieb, nachdem die Studentenbewegung selbst versickert war: das Recht auf (demokratische) Partizipation, die Opposition gegen das reine, wenn auch gut gemeinte Verwalteterwerden von oben, das Mißtrauen gegenüber der Funktionsfähigkeit der Parteien, wenn es um bestimmte Alltagsprobleme der Menschen ging, das zunehmende Selbstbewußtsein der Frauen, eigene Ansprüche an die Gesellschaft stellen zu sollen, und anderes mehr.

Die Hausinstandbesetzungen sind ebenfalls ein Novum in der Geschichte des Wohnens. Sie signalisieren die – gegenüber früheren Jahrzehnten – angewachsene Bedeutung des Wohnens auch für junge, nicht selten aus dem Arbeitsprozeß herausgefallene Menschen. Hinzu kam eine massive Kritik an dem, soziale Gesichtspunkte aussparenden, häufig spekulativen Umgang mit Wohnraum, dem noch ein (potentieller) Gebrauchswert zugeschrieben wird. Zentren der Hausbesetzerszene seit 1973 waren Frankfurt, Berlin und Hamburg. Die Konflikte entluden sich partiell in Gewalttätigkeiten zwischen »Ordnungsbrechern« und »Ordnungshütern«, die sich zum Teil zu regelrechten Häuserkämpfen verdichteten, obwohl es zwischendurch immer wieder auch zu »politischen Lösungen« mit befristeten Mietverträgen gekommen ist.<sup>137</sup>

134 Dazu unter anderem: *Theodor Ebert*, Bürgerinitiativen, in: *Wolfgang Pehnt* (Hrsg.), *Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1974, S. 112 ff.; *Detlev Affeld*, Demokratisierung der Planung durch Einwirkung Betroffener in einem Arbeiterwohngebiet, in: *Herlyn*, *Stadt*, S. 259 ff.; *Lothar Bertels*, Neue Nachbarschaften. Soziale Beziehungen in einer Neubausiedlung als Folge von Initiativenarbeit, Frankfurt a.M. etc. 1987.

135 Vgl. z. B. die Untersuchung von *Harald Bodenschatz*, Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der »größten Mietskasernenstadt der Welt« seit 1871, Berlin 1987.

136 Unter den Geschichtswerkstätten und ähnlichen Organisationen waren jene aus Berlin und Hamburg besonders aktiv.

137 Dazu siehe als bemerkenswerte Beispielanalyse *Werner Lehne*, Der Konflikt um die Hafenstraße. Kriminalitätsdiskurse im Kontext symbolischer Politik, Pfaffenweiler 1994.



## 8. WOHNUNGSEINRICHTUNGEN

Da die Vielfalt der Wohnungseinrichtungen der Bevölkerung auch nicht annähernd aufs Papier gebracht werden kann, beschränken sich die folgenden Bemerkungen auf einige Typen und Trends. Aus den frühen 1950er Jahren ist ein Bericht über die Musterwohnungen, die im Rahmen des Marshallplans (Economic Cooperation Administration- bzw. ECA-Häuser) gebaut wurden, überliefert. Die den neuen kleinen Wohnungen angepaßten Einbaumöbel waren meist zu teuer, um Käufer zu finden. Gleichwohl sollten Wohnungsplanung und -nutzung in Übereinstimmung gebracht werden: »Raum und Inneneinrichtung müssen als Einheit betrachtet werden und sich in ihrer Wirkung ergänzen.«<sup>138</sup> Hier setzte die neu installierte Wohnungsberatung an. Im Unterschied zu ihren historischen Vorläufern konzentrierte sie sich nicht so sehr auf Fragen des »guten Geschmacks«, sondern auf die Vermittlung des Wissens um Raumwirkungen. Kein Wunder, daß besonders dem wuchtigen Büfett, wie schon in der Zwischenkriegszeit, der Kampf angesagt wurde. Von den Überlegungen zu den Raumwirkungen gingen Impulse zur Produktion von Kleinmöbeln aus: Nierentische, Cocktailsessel, zierliche Stehlampen u.a.m. Nach Auffassung der Wohnungsberaterinnen litten oftmals die Einrichtungen darunter, daß der Bewohner oder die Bewohnerin »noch zu sehr in den traditionellen Vorstellungen dessen befangen ist, was zur »kompletten Einrichtung« zu gehören schien, man denke nur an die Schlafzimmer- oder auch Wohnzimmergarnitur.«<sup>139</sup> Wie eine sozialwissenschaftliche Studie aus den frühen 1950er Jahren über Bergarbeiter feststellte, spielte tatsächlich die Komplettheit eine große Rolle, obwohl ein eheliches Schlafzimmer »komplett« immerhin 1 200 DM kostete.<sup>140</sup> Funktionen und Codes, die mit solcherart Anschaffungen verbunden waren, versuchte man zu entschlüsseln. In erster Linie sei es darum gegangen, zu zeigen, »wozu der einzelne oder besser die einzelne Familie es innerhalb ihrer Schicht gebracht hat.« Zu schwere und zu große Möbel wurden in der Weise interpretiert, daß sich ein Mensch, der sehr schwer körperlich arbeitet, »zwischen leichten, eleganten und dann meist auch zerbrechlichen Möbeln nicht wohlfühle.«<sup>141</sup>

Wohnungsberaterinnen, die damals Bewohner und Bewohnerinnen befragten, kamen zu dem Schluß, daß immer noch das Leitmotiv gelte: »Wie wohnt man« und nicht »Wie wohne ich«. Aufgabe sei es deshalb, die persönliche Beziehung zum Wohnen zu wecken. Hier wurde – wenn auch innerhalb festgefügtter Rahmenvorstellungen – bereits jene Individualisierung des Wohnens gedanklich vorweggenommen, die eine Generation später einen in der Zwischenzeit stark angewachsenen Teil der Realität ausmachen sollte. Wenn die Wohnungsberaterinnen zu mehr Persönlichkeitsentfaltung aufforderten, griff der Markt diese auf seine Weise auf. Eine Untersuchung der Neuen Heimat aus dem Jahre 1955 kommt zu dem eher pathetisch klingenden Schluß, daß die Familie das Maß aller Dinge sei. Damit wurde die Legitimation der Geschmacksreformer und -reformerinnen, die sich seit der Jahrhundertwende, vor allem im Zusammenhang mit dem Deutschen Werkbund und dem Bauhaus, alle erdenkliche Mühe um die Verbesserung des Wohngeschmacks gegeben

138 *Ingeborg Jensen*, Warum Wohnberatung?, in: *Hermann Wandersleb* (Hrsg.), *Neuer Wohnbau*, Bd. 2, Ravensburg 1958, S. 69.

139 Ebd.

140 Im Jahre 1950 betrug der durchschnittliche wöchentliche Nominallohn eines Arbeiters in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau, mit Bauhandwerk) 62 DM, im Jahre 1960 120 DM. *Ralf Rytlewski / Manfred Oppt de Hipt*, *Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen 1945/49–1980*. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1987, S. 119.

141 *Hans Paul Bahrdt*, Wie leben die Bewohner neuer Stadtteile und wie wollen sie eigentlich leben? in: *Baukunst und Werkform* 1952, H. 6/7, S. 63, 61.

hatten, mehr oder weniger eine Absage erteilt. Im Gegenzug zur »sozialistischen Geschmackserziehung« in der DDR sollte der Markt in der Bundesrepublik auch in diesem Bereich zur vollen (segensreichen) Wirkung kommen: Die »ermittelten wohnungsgemäßen Wünsche gewinnen marktwirtschaftlich den Charakter von wirtschaftlichen Befehlen, wobei es gleichgültig ist, ob sie sich [...] für oder gegen Personen oder gegen die geheiligte Politik richten.«<sup>142</sup> Marktbezogenes Denken war fortan allein mit der (erneuten) Bedeutungszunahme des Designs, das im Rahmen großer Firmenmarken entwickelt und, unterstützt durch massive Werbung, zu Markenkennzeichen vermarktet wurde, kompatibel.<sup>143</sup> »Wie decke ich einen Tisch« und andere gute Ratschläge wurden zwar immer noch in Zeitschriften und Illustrierten besprochen, doch der stille Wandel von rigiden Normvorstellungen hin zu pluralistischen, meist mit Werbung kombinierten Vorschlägen war unübersehbar.

Es waren aber erst die 1970er Jahre, in denen der Möbelmarkt so richtig »boomte«. Ganze Möbelhäuser entstanden damals. Der Trend zur besseren Ware und Ausstattung galt als dominant, lediglich herausgefordert durch den Gegentrend, der schließlich zur Fabrikation von einfachen, billigen, aber dafür zerlegbaren »Abholmöbeln« führte. Der Möbelmarkt entwickelte sich im Spannungsfeld von »zeitlosen Möbeln«, »alten Stilen« und »neumodischen Trends«, ferner im Spannungsfeld von uniformierender Massen- bzw. Serienproduktion und der sich pluralisierenden Nachfrage, im Spannungsfeld aber auch von langlebiger Qualität und absatzfördernden [kurzlebigen] modischen Neuheiten, schließlich im Spannungsfeld von der »Do-it-yourself«-Heimwerkerei und dem Wunsch nach kompletten Zimmer-, Sanitär- und Kücheneinrichtungen.

Rund eine Generation später, in den 1990er Jahren, weisen die »breiten Bevölkerungsschichten« im Vergleich zu den 1950er Jahren einen veränderten Einrichtungsgeschmack auf. Wie eine neue Untersuchung über Einrichtungsstile des Wohnzimmers bei Arbeitern und Arbeiterinnen zeigt, wurde zwar noch immer ein leichtes Übergewicht (53 Prozent der Befragten) zugunsten traditioneller Geschmackspräferenzen festgestellt, aber immerhin tendierten 41 Prozent bereits zu einem moderneren Einrichtungstyp.<sup>144</sup>

Neuere Studien über Lebensstile und Sozialmilieus ermittelten neun Grundtypen der Geschmacksausprägung, wobei der Rustikalität ein besonderes Gewicht zukam: Rund 40 Prozent der befragten Menschen sprachen darauf an, besonders Personen aus dem kleinbürgerlichen und den verschiedenen Arbeitermilieus.<sup>145</sup> Die Suche nach der »heilen Welt« und die Vorliebe für sogenannte »zeitlose« Gediegenheit, zu denen im weiteren Sinn auch

142 »So möchte ich wohnen!«, Bd. 1, S. 67.

143 Hier ist zum Beispiel an die Firma Braun zu denken. Zur Einführung siehe *Gert Selle*, Das Produktdesign der 50er Jahre: Rückgriff in die Entwurfsgeschichte, vollendete Modernisierung des Alltagsinventars oder Vorbote der Postmoderne? in: *Axel Schildt / Arnold Sywottek* (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 612 ff. In diesem Zusammenhang ist auch an den »Rat für Formgebung« und an die Hochschule für Gestaltung in Ulm zu denken.

144 *Herlyn / Scheller / Tessin*, S. 120. Den Befragten wurden je zwei Fotos mit traditioneller und moderner Einrichtung gezeigt. Gefragt wurde danach, welches Bild am ehesten der eigenen Einrichtung entspreche.

145 Dazu vor allem *Berthold Bodo Flaig / Thomas Meyer / Jörg Ueltzhöffer*, Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993, S. 124 ff.; vgl. auch *Michael Vester u. a.*, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln 1993; dort weiterführende Literatur. Wichtige Impulse gingen von den Forschungen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu aus. Zu weiteren Informationen vgl. *Alphons Silbermann*, Neues vom Wohnen der Deutschen (West), Köln 1991.

das Rustikale gehört, haben ihren Stellenwert im Hinblick auf ästhetische Präferenzen noch immer nicht verloren.<sup>146</sup>

Die diversen Einrichtungs- und Milieutypen sagen jedoch wenig aus über die individuellen Aneignungsvorgänge, die lebensgeschichtlich verankerten Objektdeutungen und -bedeutungen sowie die damit zusammenhängenden sozialbiographischen Hintergründe. Beim genauen Hinsehen werden viele subtile Eigenheiten erkennbar, die jede Wohnung, gleichgültig wie sie eingerichtet ist, unverwechselbar macht und sie nicht in einem Typus aufgehen läßt. Die Eigenheiten lassen auf eine individuelle Aneignungsweise der Menschen schließen, kreativ auch dann, wenn der gesellschaftlich vermittelte Handlungsspielraum und die Wagnisfreudigkeit begrenzt bleiben. Es sind vor allem die kleinen Dinge, oftmals im »Dekorativen« gelegen, die Aneignungsvorgänge vermuten lassen und die »feinen Unterschiede« (Bourdieu) ausmachen.

## SCHLUSSBEMERKUNGEN

Bei einer langzeitperspektivischen Sichtweise stellt sich die Geschichte des Wohnens in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren als der Beginn einer neuen Schwellenphase dar, in der das Wohnen nicht mehr allein von dem Typ der »geschlossenen Klein- und Kernfamilie« geprägt wird. Obwohl gerade in Arbeiterschichten das abgeschlossene kleinfamiliale Zusammenwohnen nie der Wirklichkeit entsprochen hat, basierte doch gerade der soziale Wohnungsbau seit den 1920er Jahren und dann wieder seit den 1950er Jahren auf dieser Normvorstellung und ließ andere Wohnmodelle verkümmern bzw. gar nicht erst aufkommen. Das traditionelle Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, von privater und öffentlicher Sphäre, von Mann und Frau, von Miete und Eigentum wurde davon geformt, ist nunmehr aber in einer fundamentalen Veränderung begriffen. So wie die Anzahl der »Normal«-arbeitsverhältnisse zusammengeschrumpft ist und eine solche Entwicklung noch weitergehen wird, so wird auch die Anzahl der »Normal«-wohnungen schrumpfen. Wie weit die wohnungskulturellen Veränderungen gehen werden, ist noch nicht abzusehen, doch daß das Wohnen heute eine größere Vielfalt zeitigt als noch vor einer Generation und daß es kein zu verallgemeinerndes Wohnmodell mehr gibt, ist bereits offen zutage getreten. Insofern ist die seit der Industrialisierung als »gute Norm« propagierte Wohnweise erstmalig in größerem Maßstab aufgebrochen und dabei die Verbindlichkeit von bestimmten Normen für die Privatsphäre in Frage gestellt worden.

Die Geschichte des Wohnens in der Bundesrepublik ist in vielfacher Hinsicht als eine Geschichte des sozialen Wohnungsbaus zu schreiben. Obwohl der soziale Wohnungsbau die eingesetzten Mittel bei weitem nicht proportional zu den Bevölkerungsschichten verteilt hat und die Mittelschichten und – mit Abstrichen – die gehobenen Arbeiterschichten von ihm am meisten profitiert haben, hat der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik

<sup>146</sup> Unter »Zeitlosigkeit« und »Gediegenheit« wird offensichtlich Unterschiedliches verstanden. Über die (recht eingeschränkten) Chancen zur Veränderung des Geschmacks siehe *Selle / Boehe* und – im Hinblick auf das Rote Wien – *Peter Gorsen, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger Jahre*, in: *Jürgen Habermas* (Hrsg.), *Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«*, Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt a.M. 1979, S. 688–707. Die restlichen Grundtypen sind: klassische Modernität, Nostalgie, legere Gemütlichkeit, Antikonventionalismus, repräsentative Individualität, konventionelle Gemütlichkeit, Avantgarde, bürgerliche Tradition.

wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Wohnsituation des größeren Teils der Bevölkerung entscheidend verbessert und bei einem Teil der Arbeiter partiell an diejenige der Angestellten angenähert hat.<sup>147</sup> Dies gilt besonders für gesundheitliche Maßstäbe, für die durchschnittliche Wohnungsgröße sowie für die Grundausstattung der Wohnung. Wer bislang noch nicht in den Genuß des – im Vergleich zur ersten Jahrhunderthälfte – »guten Wohnens« gekommen ist, weiß, wie wünschenswert dies ist und daß ihm oder ihr dies »eigentlich« zustehen würde. Eine besondere Situation besteht allerdings bei den ausländischen Familien, die sich diesen Anspruch vergleichsweise wohl noch am wenigsten zu entwickeln traute, vor allem wenn sie erst relativ kurz im Lande leben. Die Hausinstandbesetzer sind der deutlichste Versuch, dieses »Recht« auf gutes Wohnen symbolisch und teilweise sogar mit Gewalt gegenüber der Gesellschaft geltend zu machen. Insgesamt gesehen, zeigt die Geschichte des bundesrepublikanischen Wohnens, daß immer noch die Wohnung für viele Menschen denjenigen Sozialraum darstellt, in dem – verglichen mit der Berufswelt – der größere Handlungsspielraum besteht und in dem die Pluralisierung von Lebensstilen und die Individualisierung der Lebensweise zum Ausdruck gebracht werden kann. In diesem Zusammenhang kommt dem Geschlechterverhältnis eine zentrale Rolle zu, angefangen von der Frage der Arbeitsteilung bis hin zu der Frage der (täglichen) Gestaltung der Wohnung.

Der historische Sprung von der »guten Stube« zur »guten Wohnung« wurde zuerst in den 1920er Jahren, dann vor allem in den 1950er Jahren als jeweils zukünftige Realität anvisiert: Ein Teil der Bevölkerung sei, so hieß es in einer Umfrage, bereit, für größere und besser ausgestattete Wohnungen auch mehr Geld auszugeben.<sup>148</sup> Der Trend hin zur »wunschgemäßen Wohnung« – zumindest als zu erwartende »Wohnkarriere« im Laufe eines Berufslebens – war als angemessen erscheinender Anspruch an die Gesellschaft unverkennbar auf dem Vormarsch. Unter historischer Langzeitperspektive gesehen, läßt sich hieran die vergrößerte Bedeutung von Eigenräumen sowie die veränderte Einstellung der »breiten Schichten des Volkes« zu ihrer Objektwelt außerhalb ihres Berufslebens erkennen. Entscheidend ist nicht die Frage, ob Menschen sich mehr mit ihrem Beruf oder mehr mit dem, was sie außerhalb ihres Berufs tun, identifizieren. Entscheidend ist vielmehr die erhöhte Relevanz der Objektwelt, einer Objektwelt, die sich »für die breiten Schichten des Volkes« – bei weitem aber nicht für alle Menschen – historisch erstmalig im Verlaufe der Bundesrepublik in großem Maßstabe vervielfältigt und ausdifferenziert hat. Wer diese Objektwelt lediglich als »Massenkonsumwelt« wahrnimmt und sie dann noch vorwiegend negativ konnotiert, insofern hier in der Regel keine kreativen Aneignungsprozesse mehr möglich seien, verkennt schon vom Ansatz her die Aneignungsfähigkeit und auch die immer von neuem erbrachte Aneignungsleistung der Menschen.<sup>149</sup> »Das Gegenstück zur rationalisierten, expansiven, aber auch zentralisierten, lautstarken und spektakulären Produktion ist eine *andere* Produktion, die als ›Konsum‹ bezeichnet wird: Diese ist listenreich und verstreut, aber sie breitet sich überall aus, lautlos und fast unsichtbar, denn sie äußert sich nicht durch eigene Produkte, sondern in der *Umgangsweise* mit den Produkten, die von einer herrschenden ökonomischen Ordnung aufgezwungen werden.«<sup>150</sup>

147 Vgl. hierzu z. B. *Martin Osterland u. a.*, Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt a.M. 1973, S. 188.

148 Dazu und zum folgenden: »So möchte ich wohnen!«, Bd. 1, S. 66.

149 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen *Hampel u. a.*, S. 167 f.

150 *Michel de Certeau*, Kunst des Handelns, Berlin 1988, S. 13.